INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

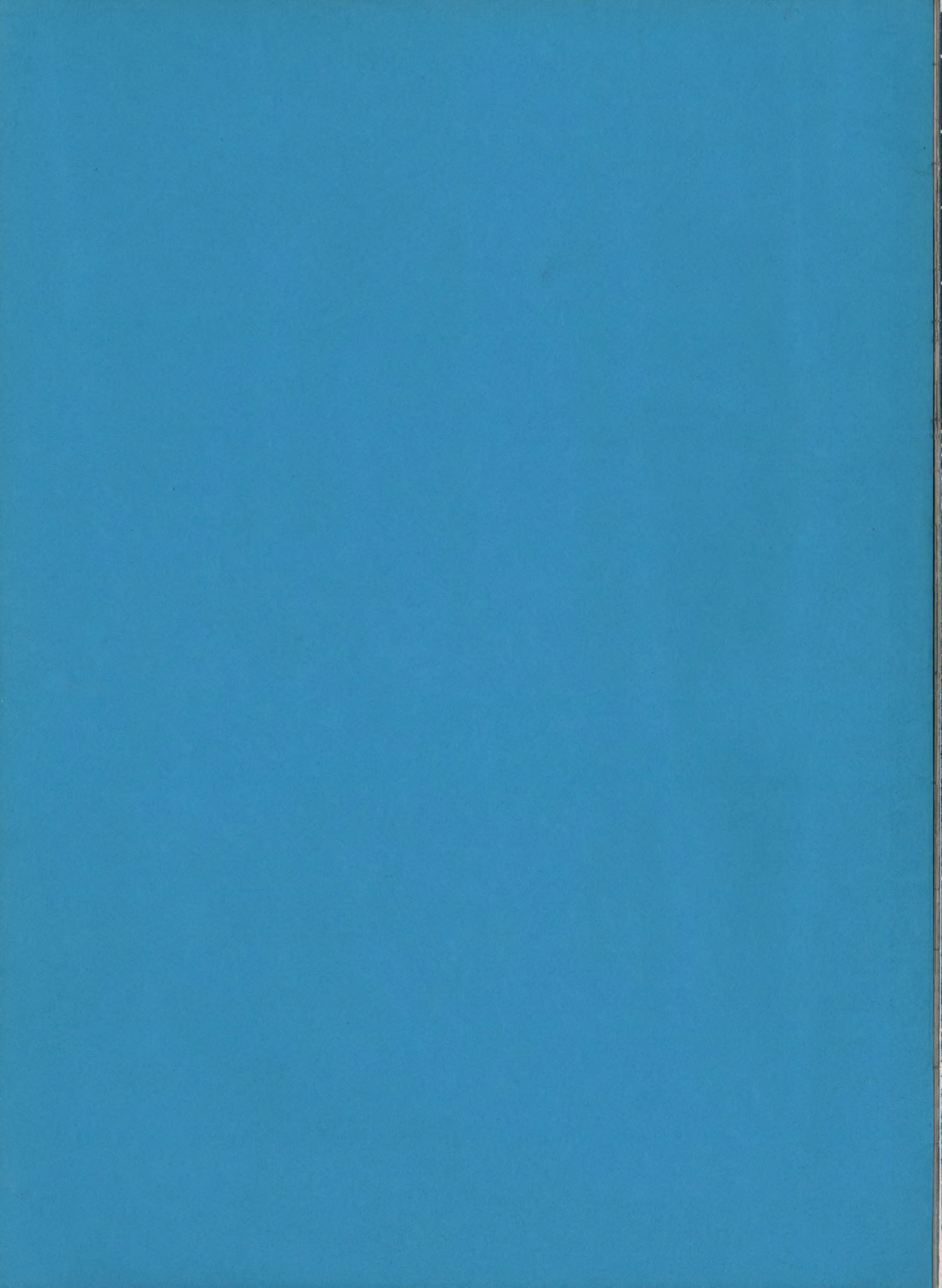
2 DM

Nr. 13
22. Juli 1988

Radikale Linke: Funktionalisierung und Verantwortung

Neue Serie: Zeichensprache in der Weltgeschichte





Hählloh

Erstmal, warum ich diesen Leserbrief schreibe.

Da sind in letzter Zeit ein paar Sachen passiert, die nicht wenige GenossInnen relativ wütend gemacht haben. Das führte dazu, daß eine weitere Unterstützung für die Pfuel-Etage und für das FEB boykottiert wird. Boykott ist ein hartes Wort und wird bei vielerlei Ärgernissen angewendet. In diesen Fällen fühlten sich einige großkotzig behandelt und erbärmlich funktionalisiert, unddas versuch ich zu erklären. GenossInnen haben was öffentlicheres versucht, sind aber gescheitert, weil sie dachten zuviel aufzudecken. Ich denke, daß mal wieder die Schnauze halten, noch bescheuerter ist.

Erfahrungen mit Leuten, die Parolen und politische Ansprüche weit über ihr Verhalten zu GenossInnen stellen, sind leider nicht einmalig. Meistens halten die Betroffenen still oder ziehen für sich entsprechende Konsequenzen. Viele wollen mit dieser Szene nichts mehr zu tun haben. Diese Schlüsse schützen aber nicht davor, daß andere Leute, - oft auch dieselben - ähnlich miese Erfahrungen ein paar Monate später aufs neue machen.
Mensch könnte sich fragen, ob die Verallgemeinerung bestimmter Erfahrungen nicht eher eine zusätzliche Spaltung in der politischen Szene herbeiredet, wo es besonders zur Zeit sehr angesagt ist, fest zusammenzustehen. Ich sehe das genau andersrum. Mißtrauen ist da, bloß daß einige es nicht wahrhaben wollen und wie eh und je ihr Getöse durch die Landschaft blasen.
Funktionalisierung ist nur ein Ausdruck der politischen Praxis einiger Leute und Gruppen, die einen starken Einfluß innerhalb des Widerstandes haben, weil sie viel schreiben, viel reden und noch mehr andere organisieren. Aber sie haben viel an Vertrauen kaputtgemacht und werden noch mehr kaputtmachen. Es tönen die Phrasen von der angeblichen Einheit des Widerstandes aus Demolautsprechern, und in Parolen und Flugis wird z.B. der Begriff von Kollektivität bis zur Unkenntlichkeit verarscht, wenn du mal hinter die Kulissen schaust.

Wegen der verlogenen Emporhebung des Widerstandes einiger, gehen Leute seltener auf Demos ("peinlich") oder schmeißen Flugis nach 2 Sätzen weg ("abgehobene Selbstdarstellung"). Diesen Leuten wird manchmal vorgeworfen, sie würden sich nicht mit "unseren" Inhalten auseinandersetzen, sie wären folglich "perspektivlos und aktionistisch". Ist ja auch logisch, denn schon Stalin wußte, daß es nur eine wahre Perspektive und nur einen revolutionären Weg gibt, den er dem von ihm befreiten Proletariat vorschrieb. Kritik an der verlogenen Vermittlung des Widerstandes ist unerwünscht, weil dann einige Luftblasen laut platzen würden.

Ohne diese Kritik platzt aber noch viel mehr. Es platzt ein Rest an Glaubwürdigkeit des Widerstandes, der weniger mit Worten, sondern durch seine Taten Mut macht und mobilisiert. Selbst "die Klasse" tippt sich mit dem Finger an den Kopf und fragt, was für Zombies da eigentlich "für sie kämpfen wollen".
AktivistInnen quatschen sich zunehmend mit internen Problemen die Köpfe heiß und behindern so eine Organisierung des Widerstandes. Am Beispiel der besetzten Pfuel-Etage und des FEB ist noch eine andere Sache wichtig:

Daß sich Leute überhaupt wehren, in einem Bereich wo viele betroffen sind, wird ihr Ding schnell zu einem Mythos für einen großen Teil der politischen Szene. Und der wird dann beackert und mit Erwartungen vollgestopft, bis Trugbild und Anspruch nicht mehr von der Realität zu trennen sind.

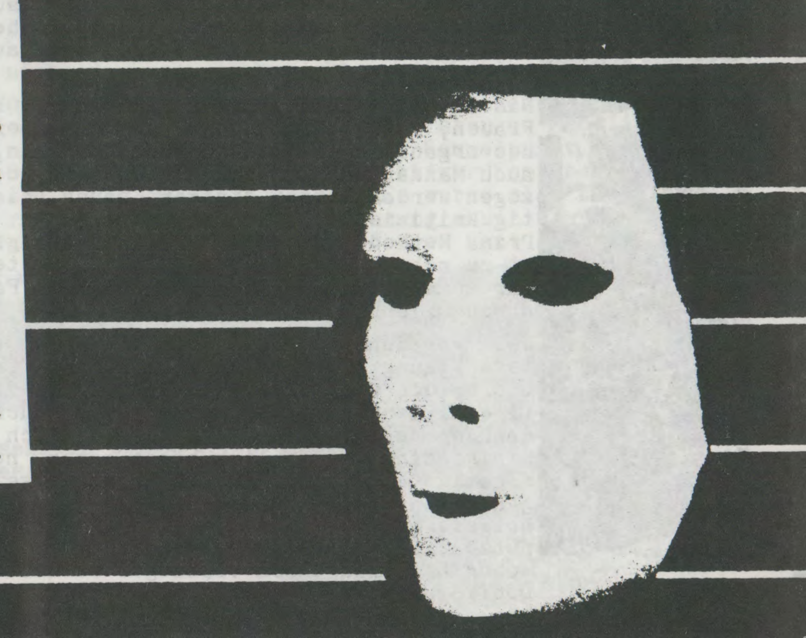
Zwischenzeitlich wird z.B. von der "besetzten Pfuelstr." gesprochen. Gemeint ist eine Etage von fast 40 anderen in einem Haus in der Pfuelstr.. Und weil nur das gesehen wird, was mensch sehen will oder sehen soll, werden nicht in dies Bild passende "Randerscheinungen" nicht zur Kenntnis genommen. Beispielsweise, daß die Besetzung mehreren BewohnerInnen vollkommen am Arsch vorbeigeht, und viele andere ihr trotz Unterstützung sehr kritisch gegenüber stehen.

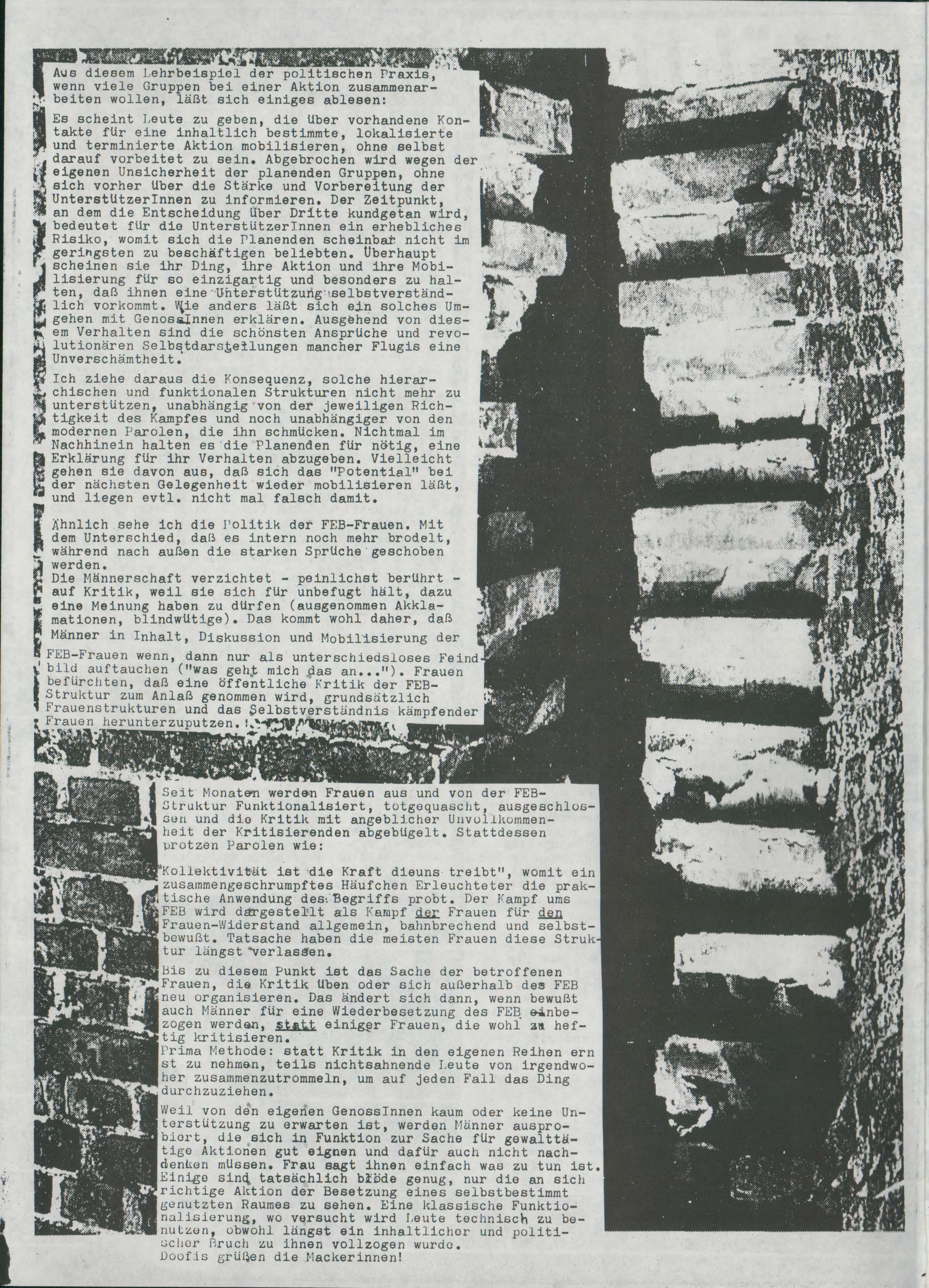
Dabei bezieht sich Kritik weniger auf die Besetzung an sich, sondern auf die Politik die damit gemacht wird. Besetzung ist immer toll, aber sich selbst deswegen für das Tollste zu halten, ist nicht mehr so toll. Da wird nämlich eine Stärke behauptet, die die Situation im Haus und im Widerstand allgemein treffsicher ausblendet. Es ensteht das Bild, die Besetzung einer Etage wäre perspektivischer Ansatz sämtlicher vermarkteter und enteigneter MieterInnen schlechthin. Aber den MieterInnen im Kiez ist die besetzte Etage vollkommen schnuppe, weil da eh Privilegierte wohnen, die auch schnell was anderes finden. Die Klasse interessiert sich nicht deshalb für den Widerstand, weil er zur Sache aller verallgemeinert wird.

Selbst MieterInnen der Pfuel 5 versuchen mit einfacheren Darstellungen die Phraseologie wieder auf den Teppich zu bringen, aber im Ergebnis wird zwischen den Gruppen noch mehr gestritten.
Der theoretische und funktionale Begriff von Widerstand setzt sich in der Praxis fort:

Zur Unterstützung einer selbstbestimmten Aktion werden mehrer Dutzend Leute angesprochen, die sich zum Teil intensiv vorbereiten. Als sich alle UnterstützerInnen zum Losgehen versammeln, wird die Aktion plötzlich abgeblasen. Niemand von den Planenden hält es für nötig selbst vorbeizukommen, und eine Begründung für den Abbruch zu geben. Niemand hält es für nötig, einem Großteil der UnterstützerInnen den Abbruch Stunden vorher kundzutun, als er feststand. Und zwar bevor völlig überraschte Leute sich überlegen müssen, wie sie ihre Vorbereitungen wieder "ungeschehen" machen sollen, in einer Situation, wo gar nicht mehr groß überlegt werden kann.

Als Alternative wird aus dem Kreis der Planenden eine gänzlich neue Aktion präsentiert, festgelegt auf eine bestimmte Uhrzeit. Ohne zu wissen, um was für eine Aktion es sich wo handelt, müssen sich die UnterstützerInnen darauf festlegen, ihre Aktion zu genau demselben Zeitpunkt zu machen, um den anderen nicht in den Rücken zu fallen. Minuten vor dem festgelegten Zeitpunkt wird auch diese zweite von den Planenden beschlossene Aktion abgeblasen, weil sie wegen noch nicht ausdiskutierter Unklarheiten nicht stattfinden kann.





Aus diesem Lehrbeispiel der politischen Praxis, wenn viele Gruppen bei einer Aktion zusammenarbeiten wollen, läßt sich einiges ablesen:

Es scheint Leute zu geben, die über vorhandene Kontakte für eine inhaltlich bestimmte, lokalisierte und terminierte Aktion mobilisieren, ohne selbst darauf vorbeitet zu sein. Abgebrochen wird wegen der eigenen Unsicherheit der planenden Gruppen, ohne sich vorher über die Stärke und Vorbereitung der UnterstützerInnen zu informieren. Der Zeitpunkt, an dem die Entscheidung über Dritte kundgetan wird, bedeutet für die UnterstützerInnen ein erhebliches Risiko, womit sich die Planenden scheinbar nicht im geringsten zu beschäftigen beliebten. Überhaupt scheinen sie ihr Ding, ihre Aktion und ihre Mobilisierung für so einzigartig und besonders zu halten, daß ihnen eine Unterstützung selbstverständlich vorkommt. Wie anders läßt sich ein solches Umgehen mit GenossInnen erklären. Ausgehend von diesem Verhalten sind die schönsten Ansprüche und revolutionären Selbstdarstellungen mancher Flugis eine Unverschämtheit.

Ich ziehe daraus die Konsequenz, solche hierarchischen und funktionalen Strukturen nicht mehr zu unterstützen, unabhängig von der jeweiligen Richtigkeit des Kampfes und noch unabhängiger von den modernen Parolen, die ihn schmücken. Nichtmal im Nachhinein halten es die Planenden für nötig, eine Erklärung für ihr Verhalten abzugeben. Vielleicht gehen sie davon aus, daß sich das "Potential" bei der nächsten Gelegenheit wieder mobilisieren läßt, und liegen evtl. nicht mal falsch damit.

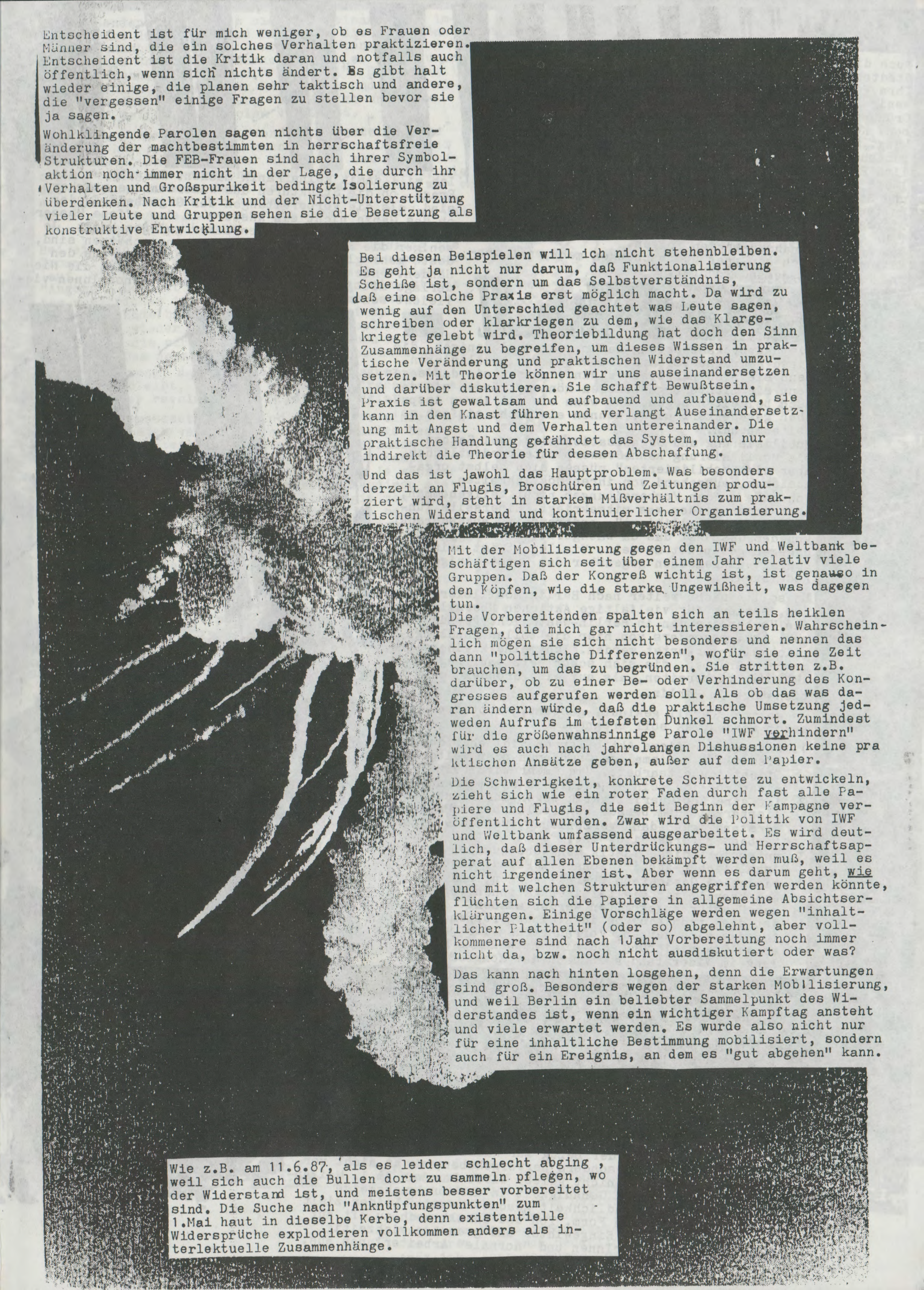
Ähnlich sehe ich die Politik der FEB-Frauen. Mit dem Unterschied, daß es intern noch mehr brodelt, während nach außen die starken Sprüche geschoben werden.
Die Männerschaft verzichtet - peinlichst berührt - auf Kritik, weil sie sich für unbefugt hält, dazu eine Meinung haben zu dürfen (ausgenommen Akklamationen, blindwütige). Das kommt wohl daher, daß Männer in Inhalt, Diskussion und Mobilisierung der FEB-Frauen wenn, dann nur als unterschiedsloses Feindbild auftauchen ("was geht mich das an..."). Frauen befürchten, daß eine öffentliche Kritik der FEB-Struktur zum Anlaß genommen wird, grundsätzlich Frauenstrukturen und das Selbstverständnis kämpfender Frauen herunterzuputzen.

Seit Monaten werden Frauen aus und von der FEB-Struktur Funktionalisiert, totgequascht, ausgeschlossen und die Kritik mit angeblicher Unvollkommenheit der Kritisierenden abgebügelt. Stattdessen protzen Parolen wie:

"Kollektivität ist die Kraft dieuns treibt", womit ein zusammengeschrumpftes Häufchen Erleuchteter die praktische Anwendung des Begriffs probt. Der Kampf ums FEB wird dargestellt als Kampf der Frauen für den Frauen-Widerstand allgemein, bahnbrechend und selbstbewußt. Tatsache haben die meisten Frauen diese Struktur längst verlassen.

Bis zu diesem Punkt ist das Sache der betroffenen Frauen, die Kritik üben oder sich außerhalb des FEB neu organisieren. Das ändert sich dann, wenn bewußt auch Männer für eine Wiederbesetzung des FEB einbezogen werden, statt einiger Frauen, die wohl zu heftig kritisieren.
Prima Methode: statt Kritik in den eigenen Reihen ernst zu nehmen, teils nichtsahnende Leute von irgendwoher zusammenzutrommeln, um auf jeden Fall das Ding durchzuziehen.

Weil von den eigenen GenossInnen kaum oder keine Unterstützung zu erwarten ist, werden Männer ausprobiert, die sich in Funktion zur Sache für gewalttätige Aktionen gut eignen und dafür auch nicht nachdenken müssen. Frau sagt ihnen einfach was zu tun ist. Einige sind tatsächlich blöde genug, nur die an sich richtige Aktion der Besetzung eines selbstbestimmt genutzten Raumes zu sehen. Eine klassische Funktionalisierung, wo versucht wird Leute technisch zu benutzen, obwohl längst ein inhaltlicher und politischer Bruch zu ihnen vollzogen wurde.
Doofis grüßen die Mackerinnen!



Entscheident ist für mich weniger, ob es Frauen oder Männer sind, die ein solches Verhalten praktizieren. Entscheident ist die Kritik daran und notfalls auch öffentlich, wenn sich nichts ändert. Es gibt halt wieder einige, die planen sehr taktisch und andere, die "vergessen" einige Fragen zu stellen bevor sie ja sagen.

Wohlklingende Parolen sagen nichts über die Veränderung der machtbestimmten in herrschaftsfreie Strukturen. Die FEB-Frauen sind nach ihrer Symbolaktion noch immer nicht in der Lage, die durch ihr Verhalten und Großspurikeit bedingte Isolierung zu überdenken. Nach Kritik und der Nicht-Unterstützung vieler Leute und Gruppen sehen sie die Besetzung als konstruktive Entwicklung.

Bei diesen Beispielen will ich nicht stehenbleiben. Es geht ja nicht nur darum, daß Funktionalisierung Scheiße ist, sondern um das Selbstverständnis, daß eine solche Praxis erst möglich macht. Da wird zu wenig auf den Unterschied geachtet was Leute sagen, schreiben oder klarkriegen zu dem, wie das Klargekriegte gelebt wird. Theoriebildung hat doch den Sinn Zusammenhänge zu begreifen, um dieses Wissen in praktische Veränderung und praktischen Widerstand umzusetzen. Mit Theorie können wir uns auseinandersetzen und darüber diskutieren. Sie schafft Bewußtsein. Praxis ist gewaltsam und aufbauend und aufbauend, sie kann in den Knast führen und verlangt Auseinandersetzung mit Angst und dem Verhalten untereinander. Die praktische Handlung gefährdet das System, und nur indirekt die Theorie für dessen Abschaffung.

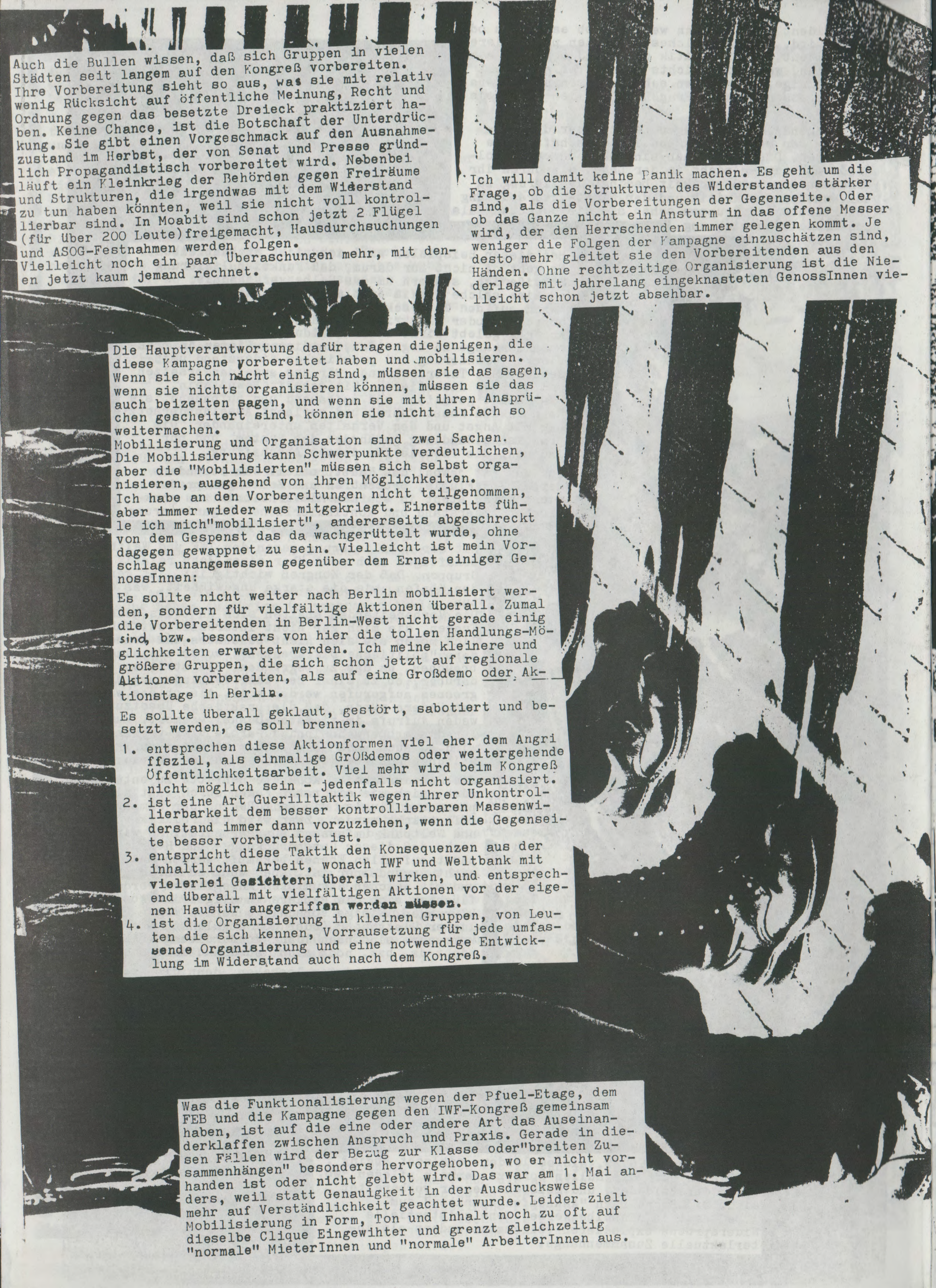
Und das ist jawohl das Hauptproblem. Was besonders derzeit an Flugis, Broschüren und Zeitungen produziert wird, steht in starkem Mißverhältnis zum praktischen Widerstand und kontinuierlicher Organisierung.

Mit der Mobilisierung gegen den IWF und Weltbank beschäftigen sich seit über einem Jahr relativ viele Gruppen. Daß der Kongreß wichtig ist, ist genauso in den Köpfen, wie die starke Ungewißheit, was dagegen tun.
Die Vorbereitenden spalten sich an teils heiklen Fragen, die mich gar nicht interessieren. Wahrscheinlich mögen sie sich nicht besonders und nennen das dann "politische Differenzen", wofür sie eine Zeit brauchen, um das zu begründen. Sie stritten z.B. darüber, ob zu einer Be- oder Verhinderung des Kongresses aufgerufen werden soll. Als ob das was daran ändern würde, daß die praktische Umsetzung jedweden Aufrufs im tiefsten Dunkel schmort. Zumindest für die größenwahnsinnige Parole "IWF verhindern" wird es auch nach jahrelangen Dishussionen keine praktischen Ansätze geben, außer auf dem Papier.

Die Schwierigkeit, konkrete Schritte zu entwickeln, zieht sich wie ein roter Faden durch fast alle Papiere und Flugis, die seit Beginn der Kampagne veröffentlicht wurden. Zwar wird die Politik von IWF und Weltbank umfassend ausgearbeitet. Es wird deutlich, daß dieser Unterdrückungs- und Herrschaftsapperat auf allen Ebenen bekämpft werden muß, weil es nicht irgendeiner ist. Aber wenn es darum geht, wie und mit welchen Strukturen angegriffen werden könnte, flüchten sich die Papiere in allgemeine Absichtserklärungen. Einige Vorschläge werden wegen "inhaltlicher Plattheit" (oder so) abgelehnt, aber vollkommenere sind nach 1Jahr Vorbereitung noch immer nicht da, bzw. noch nicht ausdiskutiert oder was?

Das kann nach hinten losgehen, denn die Erwartungen sind groß. Besonders wegen der starken Mobilisierung, und weil Berlin ein beliebter Sammelpunkt des Widerstandes ist, wenn ein wichtiger Kampftag ansteht und viele erwartet werden. Es wurde also nicht nur für eine inhaltliche Bestimmung mobilisiert, sondern auch für ein Ereignis, an dem es "gut abgehen" kann.

Wie z.B. am 11.6.87, als es leider schlecht abging, weil sich auch die Bullen dort zu sammeln pflegen, wo der Widerstand ist, und meistens besser vorbereitet sind. Die Suche nach "Anknüpfungspunkten" zum 1.Mai haut in dieselbe Kerbe, denn existentielle Widersprüche explodieren vollkommen anders als interlektuelle Zusammenhänge.



Auch die Bullen wissen, daß sich Gruppen in vielen Städten seit langem auf den Kongreß vorbereiten. Ihre Vorbereitung sieht so aus, was sie mit relativ wenig Rücksicht auf öffentliche Meinung, Recht und Ordnung gegen das besetzte Dreieck praktiziert haben. Keine Chance, ist die Botschaft der Unterdrückung. Sie gibt einen Vorgeschmack auf den Ausnahmezustand im Herbst, der von Senat und Presse gründlich Propagandistisch vorbereitet wird. Nebenbei läuft ein Kleinkrieg der Behörden gegen Freiräume und Strukturen, die irgendwas mit dem Widerstand zu tun haben könnten, weil sie nicht voll kontrollierbar sind. In Moabit sind schon jetzt 2 Flügel (für über 200 Leute) freigemacht, Hausdurchsuchungen und ASOG-Festnahmen werden folgen. Vielleicht noch ein paar Überaschungen mehr, mit denen jetzt kaum jemand rechnet.

Ich will damit keine Panik machen. Es geht um die Frage, ob die Strukturen des Widerstandes stärker sind, als die Vorbereitungen der Gegenseite. Oder ob das Ganze nicht ein Ansturm in das offene Messer wird, der den Herrschenden immer gelegen kommt. Je weniger die Folgen der Kampagne einzuschätzen sind, desto mehr gleitet sie den Vorbereitenden aus den Händen. Ohne rechtzeitige Organisierung ist die Niederlage mit jahrelang eingeknasteten GenossInnen vielleicht schon jetzt absehbar.

Die Hauptverantwortung dafür tragen diejenigen, die diese Kampagne vorbereitet haben und mobilisieren. Wenn sie sich nicht einig sind, müssen sie das sagen, wenn sie nichts organisieren können, müssen sie das auch beizeiten sagen, und wenn sie mit ihren Ansprüchen gescheitert sind, können sie nicht einfach so weitermachen.
Mobilisierung und Organisation sind zwei Sachen. Die Mobilisierung kann Schwerpunkte verdeutlichen, aber die "Mobilisierten" müssen sich selbst organisieren, ausgehend von ihren Möglichkeiten.
Ich habe an den Vorbereitungen nicht teilgenommen, aber immer wieder was mitgekriegt. Einerseits fühle ich mich "mobilisiert", andererseits abgeschreckt von dem Gespenst das da wachgerüttelt wurde, ohne dagegen gewappnet zu sein. Vielleicht ist mein Vorschlag unangemessen gegenüber dem Ernst einiger GenossInnen:

Es sollte nicht weiter nach Berlin mobilisiert werden, sondern für vielfältige Aktionen überall. Zumal die Vorbereitenden in Berlin-West nicht gerade einig sind, bzw. besonders von hier die tollen Handlungs-Möglichkeiten erwartet werden. Ich meine kleinere und größere Gruppen, die sich schon jetzt auf regionale Aktionen vorbereiten, als auf eine Großdemo oder Aktionstage in Berlin.

Es sollte überall geklaut, gestört, sabotiert und besetzt werden, es soll brennen.

1. entsprechen diese Aktionformen viel eher dem Angriffsziel, als einmalige Großdemos oder weitergehende Öffentlichkeitsarbeit. Viel mehr wird beim Kongreß nicht möglich sein - jedenfalls nicht organisiert.
2. ist eine Art Guerilltaktik wegen ihrer Unkontrollierbarkeit dem besser kontrollierbaren Massenwiderstand immer dann vorzuziehen, wenn die Gegenseite besser vorbereitet ist.
3. entspricht diese Taktik den Konsequenzen aus der inhaltlichen Arbeit, wonach IWF und Weltbank mit vielerlei Gesichtern überall wirken, und entsprechend überall mit vielfältigen Aktionen vor der eigenen Haustür angegriffen werden müssen.
4. ist die Organisierung in kleinen Gruppen, von Leuten die sich kennen, Vorrausetzung für jede umfassende Organisierung und eine notwendige Entwicklung im Widerstand auch nach dem Kongreß.

Was die Funktionalisierung wegen der Pfuel-Etage, dem FEB und die Kampagne gegen den IWF-Kongreß gemeinsam haben, ist auf die eine oder andere Art das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Praxis. Gerade in diesen Fällen wird der Bezug zur Klasse oder "breiten Zusammenhängen" besonders hervorgehoben, wo er nicht vorhanden ist oder nicht gelebt wird. Das war am 1. Mai anders, weil statt Genauigkeit in der Ausdrucksweise mehr auf Verständlichkeit geachtet wurde. Leider zielt Mobilisierung in Form, Ton und Inhalt noch zu oft auf dieselbe Clique Eingewihter und grenzt gleichzeitig "normale" MieterInnen und "normale" ArbeiterInnen aus.



Die Planenden verstricken sich untereinander in immer größere Gegensätze und Probleme, die von außen nicht nachvollziehbar sind. Im fortgeschrittenen Grad der verzwickten Undurchschaubarkeit, gibt es fast nur noch Organisierende, Bündnis und "Potential". Der jeweilige Kampf wird mit zunehmender Diskussion und Vorbereitung in seiner Ausstrahlung überschätzt und entsprechend weltfremde Parolen verkündet.

Ist ja auch verständlich, denn die besetzte Etage bekam auch Unterstützung; besonders wenn Demos und Feste angeboten wurden oder des Essen auf dem Tisch stand, teils von kurdischen GenossInnen gekocht, die die was ganz anderes damit im Sinn hatten. Das war vor ein paar Wochen bei der Kampagne für die Reiche 63a nicht groß anders, aber auch da kamen die Bullen und die Reiche "kommt" nicht mehr.

Bei einigen politischen Kämpfen muß nur kräftig die Trommel gerührt werden, und schon gibt es einen Auflauf. Die meist passive Anteilnahme am jeweiligen "Angebot" beweist sich regelmäßig, wenn ein Aktionstag verstrichen ist oder die Bullen dem Ganzen ein schnelles Ende bereiten. Dann gehts auf zum nächsten Anlaß, der wieder von einigen (oft denselben Unermüdlichen, die sich für viele halten) neu vorbereitet wird. Das nennt sich dann politische Aufbauarbeit, in der Hoffnung, daß nach mehreren Kampagnen auch mehr hängenbleibt, und sich vielleicht irgendwann eine Bewegung oder revolutionäre Strategie ergibt.

Aber die Vorraussetzungen sind falsch. Wo einige planen, andere sich verplanen lassen, wo einige bestimmen und andere teils gerne über sich bestimmen lassen, schleichen sich unabhängig vom Inhalt des Kampfes Kader- und hierarchische Strukturen ein. Je weniger kritisiert wird, desto mehr verselbstständigen sie sich. Ebenso würde eine revolutionäre Strategie von wenigen für wenige, stellvertretend für noch viel mehr entwickelt. Der Kern des Ganzen ist, daß einige Macht haben weil sie organisieren, planen und machen und dabei auch auf ihren Einfluß schielen, während andere schauen und suchen und sich orientieren, statt sich selbst zu organisieren. Für mich ist eine schlechte Grundlage für einen autonomen politischen Prozeß, wie ich ihn mir vorstelle.

Anarchismus hat sich in der Geschicht anders organisiert: syndikalistisch und rätedemokratisch, als Massenbewegung der einfachen Leute und Unterdrückten. Das rätedemokratische Prinzip war nicht nur Ausdruck einer Geisteshaltung, sondern wurde selbst in Kampfzeiten (die für AnarchistInnen immer Herrschten) praktisch umgesetzt.
Die Organisierung beruht auf Solidarität, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung untereinander und gegenüber anderen Gruppen. Diese Inhalte waren untrennbar von Ziel des Kampfes, für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne direkte oder subtile Macht auf kollektiver Basis.
Gelernt wurde Selbstbestimmung und Gleichberechtigung im Alltag und bei der politischen Arbeit z.B. mit dem Räteprinzip, in dem Deligierte der anarchistischen Gruppen sich über Diskussionen und Beschlüsse ihrer jeweiligen Basis informierten. Davon abweichende Beschlüsse waren nur nach neuerlicher Diskussion der Gruppen möglich. Aber es wurde von allen Verantwortung für alle vorrausgesetzt und so Solidarität geübt.



Je mehr Gruppen an diesem Prinzip teilnahmen, desto schlagkräftiger war die anarchistische Bewegung und desto mehr Freiräume konnte sie sich erobern, um ihre Ideale zu leben. Wo sie sich spaltete oder ihren Willen zu sehr an Führer oder Funktionäre deligierte, verlor sie Beteiligung des einfachen Volkes und der Kampf wurde verloren.

Nicht nur der Kampf wurde rätedemokratisch organisiert. Das betraf noch vielmehr, das alltägliche Leben(Versorgung, Bildung) und alle Diskussionen, die die Strategie der AnarchistInnen in ihrer jeweiligen Situation betrafen. Das Wort Organisation ist wohl mit heutigem Verständnis übertrieben, denn meist saßen die Leute nur zusammen und hörten sich zu und entwickelten so Strukturen, die dem Bedürfnis aller entsprachen. Sie lernten sich kennen, bevor sie an weitergehende Sachen dachten und sprachen über die Erziehung der Kinder, die Arbeit und die politischen Verhältnisse ihrer Umgebung.

Eine Kampfform der AnarchistInnen war und ist die direkte Aktion. Es wird immer getan, was das Problem direkt angeht und löst. Gibt es zuwenig Geld, wird für höhere Löhne gestreikt oder die Chefs überfallen, gibtes keine Schulen, werden welche gebaut oder leere Räume besetztgibt es kein Brot oder Waffen, werden sie genommen.

Solche Aktionen, die sich auch heute einer großen Beliebtheit erfreuen, sind leider selten denkbar, weil die Vorrausetzungen fehlen. Solidarität ist mehr eine Phrase als praktische Handlung, Selbstbestimmung mehr ein Wunsch und das einfache Volk verhirnlost und verkonsumiert. Das ändert aber nichts daran, daß eine gleichberechtigte Organisierung nur auf der Basis von Vertrauen und Solidarität möglich ist, also wirklich autonome Gruppen, die rätedemokratisch miteinander diskutieren und so eine gemeinsame Strategie für Kampagnen und Aktionen entwickeln.

Rätedemokratische Strukturen brauchen ihre Zeit, weil sie eben nicht allein Kampfbünde, sondern auch zum Austausch und gemeinsamen Lernprozeß bestimmt sind. Befehlsstrukturen sind da wesentlich effektiver, weil brutaler - zunächst - weil die Diskussion durch die Anordnung ersetzt wird.

Deshalb sind AnarchistInnen in der Geschichte vielfach niedergemetzelt worden, nicht zuletzt wegen ihrer Gutgläubigkeit z.B. gegenüber den Bolschewisten, die als Genossen betrachtet wurden, ebenso wie die KP in Spanien. Der Glaube an das gleiche Ziel Sozialismus erwies sich als Falle, weil besonders die Mächtigen, darunter nicht auch Abschaffung jeder Form von Macht und Herrschaft verstehen.

Die anarchistische Idee lebt trotzdem ausschließlich militärischer Niederlagen weiter, weil AnarchistInnen die Selbstbestimmung aller Menschen nicht nur auf ihre Fahnen schrieben, sondern auch lebten. Die Wut von 10 organisierten AnarchistInnen ist tausendmal entschlossener, als von 30 Befehlsempfängern.

In diesem Sinne:

ein Genosse



Protokoll des Kollektive-Treffens vom 19.7.

Leute aus ca. 2o Kollektiven trafen sich zum 2 Kollektivtreffen zwecks Einstieg in die Anti-IWF Kampagne.
Es wurde sich geeinigt die"Kollektive"Selbstverständnis-disskussiom bis zum Herbst aufzuschieben.
Weiterhin war allgemeiner Konsens gemeinsame Aktionsformen zu entwickeln.

Folgende Vorschläge wurden andiskutiert:
- -gemeinsames Plakat
- -kurzes Flugi bzw. Kundenblatt zum Beilegen in Kundenbriefe Rechnungen etc. (ist in Arbeit)
- -Kollektive als Infostellen
- -ggf. Kollektive-Block auf der Donnerstagsdemo (?)am (29.9.)
- -Fete
- -Schließung der betriebe am 28.9.(3.Aktionstag "Kampf dem imp. Alltag)
- -Autokorso
- -Aktionskunst mit Skulpturen an markanten Plätzen mit Materialien der täglichen Produktion und massenwirksamen Symbolgehalt.

Es ist geplant beim nächsten Treffen Arbeitsgruppen zu den einzelnen Aktionen zu bilden.

NÄCHSTES TREFFEN IST AM DIENSTAG DEN 26.7. UM I9.3o
IM MEHRINGHOF VERSAMMLUNGSRAUM



TEXTE ZUR AUSSAGEVERWEIGERUNG

STARTBAHN WEST FRANKFURT AM MAIN

Sicherlich gäbe es genug Material, um zum x-tenmal die Dimension des Staatsschutzapparats deutlich zu machen: die Installation und Durchschaltung von Videoanlagen anläßlich der Volksbegehrensdemonstration in Wiesbaden mit 150000 StartbahngegnerInnen, der Versuch der Totalerfassung der Göttinger Szene, bekannt unter dem Namen "Spuko", die Anwerbung von Pressemitgliedern durch den VS und Polizei u.s.w..

Wir könnten auch zum x-tenmal die Tragweite der neuen "Sicherheitsgesetze" begreiflich machen, der erweiterte §129a, der nur die Legalisierung eines Intrumentariums darstellt, das bis vor Jahren im wesentlichen die "RAF" ausgerichtet war und nun in der ganzen Bandbreite gegen jede militante Bewegung eingesetzt wird. Wir könnten auch versuchen, detailliert nachzuweisen, daß das neue Sicherheitspaket in dem u.a. die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei geregelt ist, nichts anderes ist, als die Legalisierung einer Geheimpolizeipraxis, die bereits seit Jahren gang und gäbe ist.

Über all das ist bereits in vielen Veranstaltungen und vielen Broschüren viel gesagt und geschrieben worden. Aber kaum jemand stellt die Frage, warum wir all diesem Wissen in unserer politischen Praxis so verdammt wenig anfangen können. Warum wir wie das Kaninchen auf die Schlange starren, in der sicheren Erwartung, daß auch wir ihr nicht entrinnen können. Beschwören nicht einige von uns die Gefährlichkeit der Schlange, um die eigene Hilflosigkeit vor sich und anderen zu rechtfertigen? Verhalten sich nicht einige von uns so, als ob sie überall das Gesicht der Schlange gesehen hätten, nur aus Angst, ihr tatsächlich einmal zu begegnen? Was nützt uns all das Wissen über die tödliche Wirkung eines Schlangenbisses, wenn wir kein Gegengift entwickeln?

Wir wollen euch nicht mit neuen Laborerkenntnissen und Analysen die Sprache verschlagen, in euch das Schrecken und das Grauen vor dem Orwellschen Staat herauskitzeln, um uns am Ende - wortlos meist - der gemeinsamen Ohnmacht zu vergewissern.

Wir haben in der Startbahnbewegung in den letzten Monaten genug Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit erleben müssen. Unser Bedarf an Ohnmacht ist gedeckt!



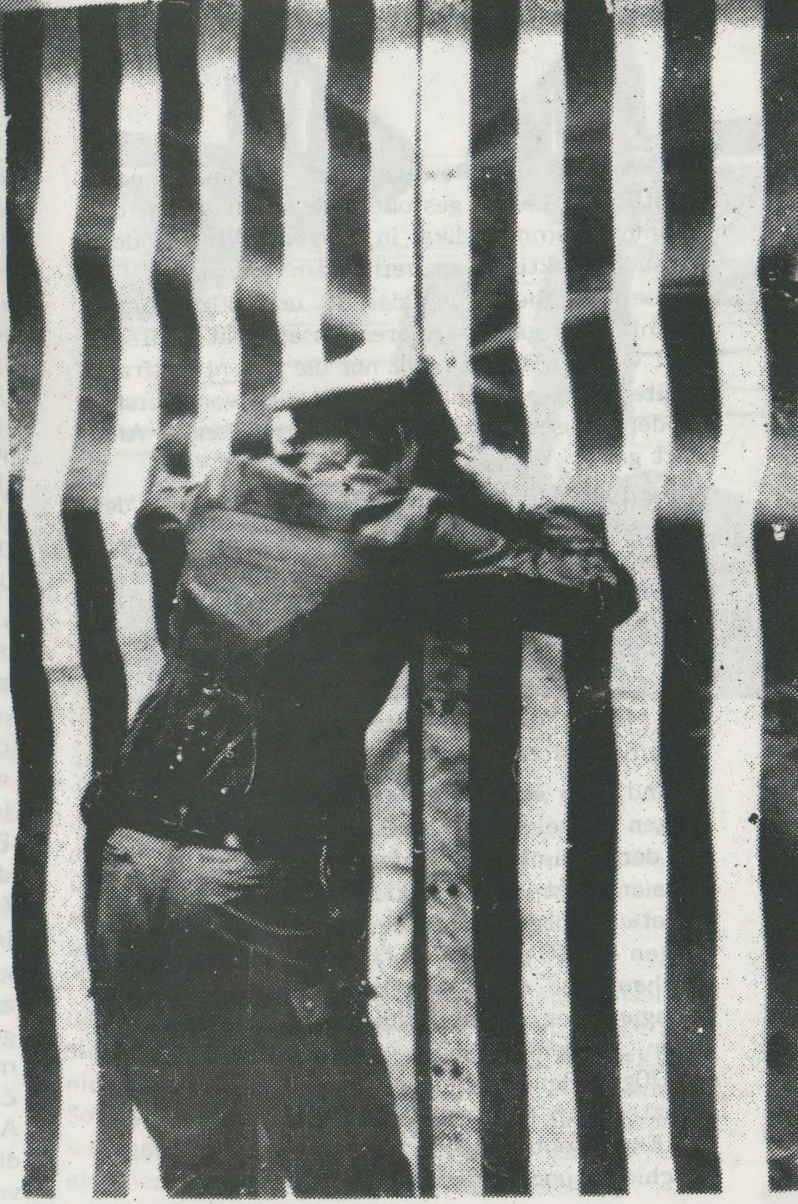
Was wir versuchen möchten, ist, die Suche nach Antworten und Konsequenzen für euch nachvollziehbar zu machen, in der Hoffnung, daß wir und ihr aus Fehlern lernen können, anstatt sie in jeder Bewegung geradezu zwanghaft zu wiederholen.

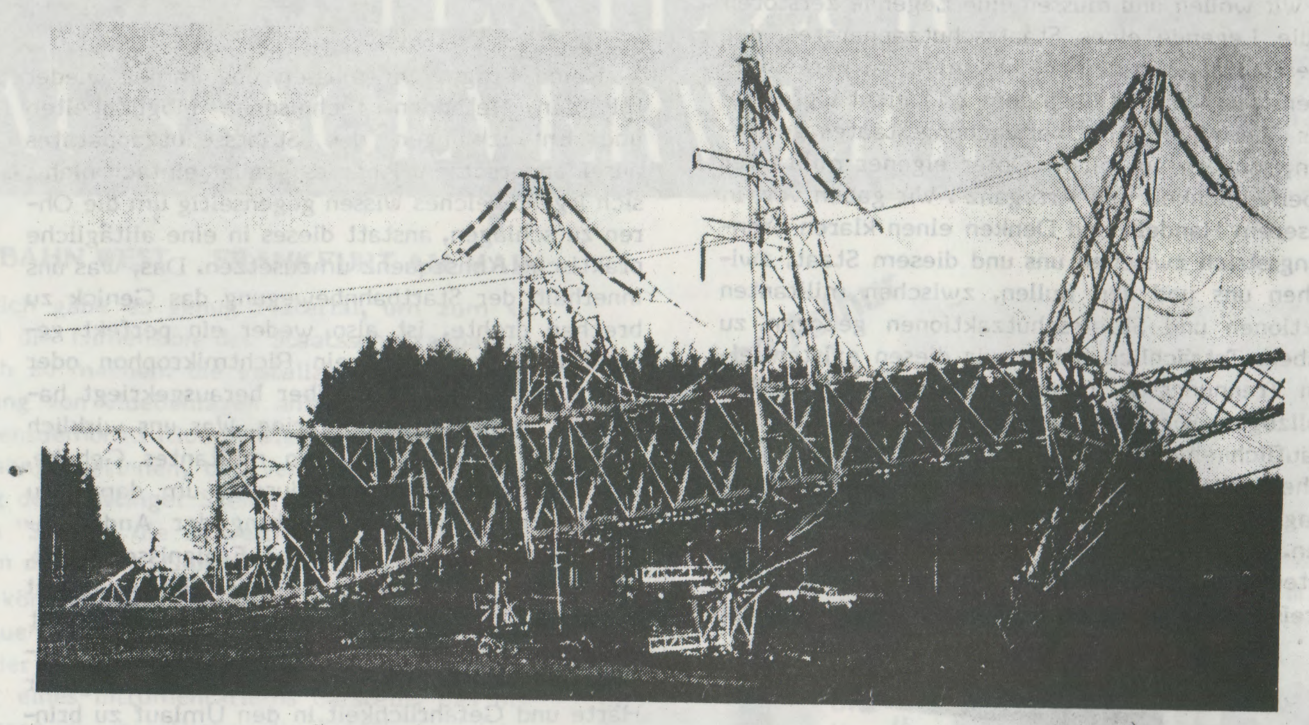
Für viele von uns hat die Repression gegen die Startbahnbewegung gerade nach dem 2.11. eine neue Dimension angenommen; die viele überrascht hat und auf die wir gemeinsam nicht vorbereitet waren. Und doch ist diese Repression nichts Neues, sie war und ist schon immer die Antwort des Staates gewesen, seine bedrohten Herrschaftsinteressen mit aller Gewalt durchzusetzen.

Wir wollen und müssen eine Legende zerstören - die Legende eines Staatsschutzapparates, der alles wußte, vor dem nichts mehr zu verheimlichen war. Wir sind nach dem 2.11 nicht Opfer eines übermächtigen Überwachungsstaates geworden, sondern vor allem Opfer eigener militanter Überheblichkeit und Arroganz . Wir gaben vor, in unserem Handeln und Denken einen klaren Trennungsstrich zwischen uns und diesem Staat, zwischen uns und den Bullen, zwischen militanten Aktionen und Staatsschutzaktionen gezogen zu haben. Tatsächlich haben wir diesen existentiellen Trennungsstrich nur im Kopf, verbalradikal vollzogen. Wir gaben vor, dieser Gesellschaft aus Käuflichkeit, Egoismus und Konkurrenz, solidarische, kollektive und gemeinsame Verantwortung tragende Lebenszusammenhänge entgegenzusetzen. Tatsächlich haben einige Wenige mehr verraten als jeder käufliche Spitzel. So war der Preis, für alle, deren Haftbefehl außer Vollzug gesetzt wurde, sich selbst und/oder andere zu belasten. Die vorläufige Freiheit oder besser, die Freiheit auf Widerruf, bestand also darin, sich selbst oder andere ans Messer zu liefern. Einige gingen sogar so weit, ihre besten Freunde als Tauschobjekt für ihre eigene "Freiheit" zu opfern. Wie beschämend, daß wir in dieser Hinsicht von den Herrschenden selbst viel lernen konnten: mag der Skandal noch so groß sein, die Schweinerei noch so unfaßbar, der Ruf nach einschneidenden Konsequenzen noch so laut, die Waffenschieber, (Schreibtisch-)mörder und Schmiergeldmafia unter deutscher Flagge halten zusammen. Wenn es mal ganz hart kommt, sind sie zu einem "Bauernopfer" bereit - ein symbolisches Opfer das von den wahren Zusammenhängen nur ablenken soll. Ganz im Gegensatz zu uns: einige von uns gaben das elementarste und existentiellste preis, was die Grundlage jeglichen Widerstands ist: unsere Lebenszusammenhänge.

Nicht das Abhören von Telephongesprächen hat uns schockiert, sondern das, was vorgeblich erfahrene Militante am Telephon alles zu erzählen hatten. Nicht die Verhörmethoden haben uns überrascht, sondern die Tatsache, daß einige von uns länger mit irgendwelchen Bullen geredet haben als mit ihren besten FreundInnen. Nicht die Aussage allein trug zum Verrat bei, sondern gerade auch die vergebliche Suche nach Zusammenhängen, in denen ihm/ihr die Dimension der Geschehnisse bewußt werden kann. Nicht die falschen Vorhaltungen brachten einige zum umfallen, sondern auch das gemeinsame Vertrauen, das bereits davor nicht da war.

Keine Frage, wir müssen uns immer wieder mit den Methoden, technischen Möglichkeiten und Entwicklungen des Staatsschutzapparates auseinandersetzen. Aber es genügt einfach nicht, sich irgendwelches Wissen gegenseitig um die Ohren zu schlagen, anstatt dieses in eine alltägliche praktische Konsequenz umzusetzen. Das, was uns innerhalb der Startbahnbewegung das Genick zu brechen drohte, ist also weder ein perfekt getarnter Spitzel, noch ein Richtmikrophon oder eine Wanze. Was sie darüber herausgekriegt haben, ist vergleichsweise gering. Was uns wirklich tief getroffen hat, war ein militantes Gehabe, das Verschwiegenheit vortäuscht, um damit zu kokettieren, eine Lebenshaltung der Andeutungen, die sich in die Nähe von Ereignissen setzt, die er/sie nicht haben, das die Notwendigkeit konspirativen Verhaltens dazu mißbraucht, damit es ja alle mitkriegen, das militante Entschlossenheit und Klarheit simuliert, um Bilder eigener Härte und Gefährlichkeit in den Umlauf zu bringen.





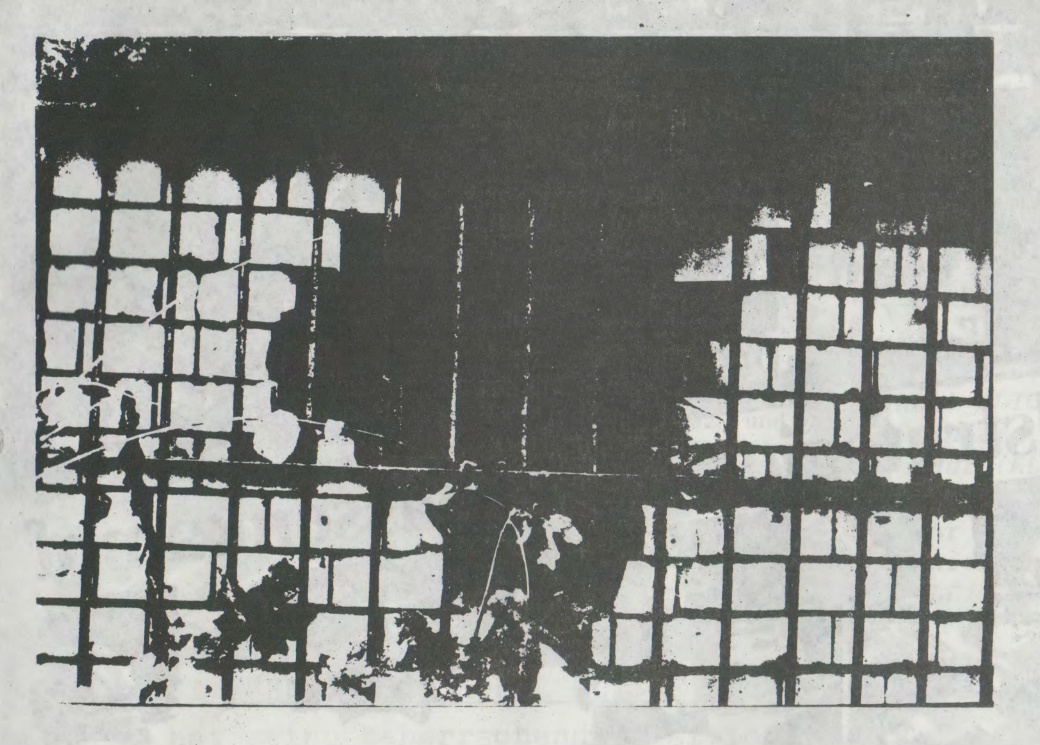
Die Anti-AKW-Bewegung ist an die Grenzen staatlicher Gewalt gestoßen, als sie nicht nur das Atomprogramm radikal in Frage stellte, sondern es auch praktisch zu verhindern versuchte. Die Häuserkampfbewegung der 70 und 80ger Jahre ist mit dem ganzen Repressionsapparat konfrontiert worden, als sie nicht nur die Eigentumsfrage stellte, sondern durch die Besetzung von leerstehenden Häusern auch darauf eine praktische Antwort gab.

Damals wie heute zog sich ein Großteil der einst so Bewegten zurück; so ernst hatten sie es ja gar nicht gemeint. Doch im Unterschied zu heute schafften es einige wenige Militante ihr "Niederlagenbewußtsein" von damals in bequemen Parlamentssitzen von heute zu pflegen - was uns hoffentlich erspart bleibt. Ganz nach dem Motto: "damals besetzten wir Häuser, heute Parlamentssitze".

Und noch etwas haben wir mit diesem Bewegungen gemeinsam: nämlich wie schwer es uns und der gesamten radikalen Linken fällt, die Repression nicht nur zu beklagen, sondern ihr spürbar etwas entgegenzusetzen. So wenig die Bewegungen der 60 und 70ger Jahre aus der kommunistischen Jagd der 50ger Jahre oder der Niederschlagung der Arbeiterkämpfe der 40ger gelernt haben, so wenig gelang es uns, aus den Fehlern der 70ger Bewegungen zu lernen. Viele von uns grenzten sich nicht nur - voller Arroganz - von den Exmilitanten selbst, sondern auch von deren Geschichte und Erfahrungen ab.

Wie oft haben auch wir die verschiedensten Mechanismen staatlicher Gewalt beschrieben, in aller Ausführlichkeit und Länge, aber wie wenig sind wir ihr gewachsen, wenn wir mit ihnen tatsächlich konfrontiert sind. Wie viele von uns und euch stellten offene bis klammheimliche Freude zur Schau, wenn woanders Strommasten fielen oder Bagger brannten und wie wenige sind heute da und bereit, diese Sympathie in praktische Solidarität umzusetzen. Wie viele von uns haben zugeguckt und sich dazugehörig gefühlt und wie wenige bleiben gerade jetzt stehen, anstatt davonzurennen. Wenn wir eines aus anderen Bewegungen lernen können, dann dies: "Wer sich heute wegduckt, den Kopf einzieht, die Gefangenen und die, die von der Repression getroffen werden sollen, im Stich läßt, der wiederholt nicht nur die Niederlage der radikalen Linken im "deutschen Herbst"- der zerstört selbst jede Glaubwürdigkeit einer radikalen Gesellschaftsutopie!"

Woran lag es, daß bereits am 22.12.87 das hessische Innenministerium triumphalistisch feststellen konnte: "ein bedeutsamer Teil der regionalen autonomen Szene im Rhein/Main-Gebiet, der durch seine Militanz die Startbahnereignisse entscheidend geprägt habe, sei zwischenzeitlich in Haft, mit Haftbefehl überzogen oder stehe im Blickfeld der Ermittlungsbehörden. Er sei zumindest temporär ausgeschaltet, bzw. werde eine offene Konfrontation mit der Polizei im eigenen Interesse meiden." Waren es tatsächlich die ausgezeichneten "intimen Szenekenntnisse" der Polizei und des Verfassungsschutzes, die hervorragenden Ermittlungstätigkeiten der Sonderkommission Strom, die Beschuldigte, Verhaftete und ZeugenInnen zu Selbstbelastungen, Belastungen Anderer bis hin zum Verrat zwangen? Waren es die raffinierten Verhörmethoden, die Einzelne von uns zu "Geständnissen" brachten?





Nicht irgendwelche Schulungen über und Analysen vom Staatsschutzapparates machen Verrat unmöglich, sondern tatsächliche solidarische und kollektive Lebenszusammenhänge, die solche Verhaltensweisen ausschließen.

Hüten wir uns also von dem linken Mythos von der Allmacht des (Überwachungs-)Staates, der alles im Griff hat. Der viel wirksamere Zugriff auf unsere Strukturen funktioniert nach wie vor über die Macht des Staates, uns durch die Konfrontation mit den vielen kleinen Lebenslügen und individuellen Hintertürchen erpressbar zu machen - eine Konfrontation, der wir zu oft untereinander aus dem Weg gehen, und der wir dann nicht mehr gewachsen sind. So haben z.B. die Bullen von den Widersprüchlichkeiten der konkreten Lebensumstände einiger Verhafteter mehr gewußt, als viele derer, mit denen sie jahrelang zusammen waren. Genau das, was wir voreinander geheim/versteckt hielten, drehten die Bullen gegen uns: unsere vertrackten Beziehungskisten, das fast/meist völlig individualisierte Problem mit dem Geld, die mangelnde emotionale Geborgenheit in unseren Zusammenhängen, die Angst, Schwächen zu zeigen, die Trennung von privat und politisch. Der beste Schutz unserer Zusammenhänge ist kein Abendschulkurs in Spurensicherung und Observationstechniken, sondern die Entwicklung von Lebenszusammenhängen, in denen Politik und Alltag, gegenseitiges Vertrauen und Kompetenz, Lust und Ausdauer, Geborgenheit und Risiko zusammenkommen, anstatt auseinander zu fallen.

Hören wir auf, die Repression zu beklagen: wer im "Herzen der Bestie" kämpfen und leben will, darf im nachhinein nicht so tun, als wollte er/sie nur mit einer Hauskatze spielen. Wir können nicht schonungslos die Konturen eines Überwachungsstaates zeichnen und in lähmenden Entsetzen verharren, wenn er sich tatsächlich auch als solcher zeigt.

Wir wollen also keine Sympathie aus Mitleid, wir wollen keine Solidarität mit den "Opfern staatlicher Repression. Teilt eure Solidarität nicht in Schuldige und Unschuldige. Meßt eure Solidarität mit den Gefangenen und uns daran, wie ernst wir alle es mit unserem Kampf um eine herrschaftsfreie Gesellschaft meinen.



BRD: UNERWARTET GROSSE ÜBERSCHÜSSE IN HANDELS- UND LEISTUNGSBILANZ

Die Überschüsse der BRD in der Leistungs- und Handelsbilanz haben im April deutlicher als erwartet zugenommen. Da die Einfuhr im Vorjahresvergleich in absoluten Werten gerechnet stärker rückläufig gewesen sei als die Ausfuhren, habe sich der Aktivsaldo der Außenhandelsbilanz von 9,2 Milliarden DM im April 1987 auf 9,5 Milliarden DM im Berichtsmonat erhöht. Im April 1988 wurden Waren im Wert von 33,834 Milliarden Mark eingeführt und für 43,335 Milliarden Mark ausgeführt. Damit lag die Einfuhr um 4,0% und die Ausfuhr um 2,4% niedriger als im April 1987 (35,245 beziehungsweise 44,414 DM). Gegenüber dem Vormonat, der 4 Arbeitstage mehr hatte als der Berichtsmonat, ging der Wert der Importe um 18% und der Wert der Exporte um 13% zurück.

Neue Hermes-Bürgschaften

Der Bund hat 1987 Exportgeschäfte im Werte von 24,4 Mrd. DM — 4,6 Prozent des Gesamtexports (527 Mrd. DM) — gegen Risiken aus Auslandsgeschäften bei der Hermes-Versicherung neu abgesichert. Damit wurde der erhebliche Rückgang der abgesicherten Ausfuhren seit Anfang der 80er Jahre unterbrochen, heißt es in dem jetzt in Bonn vorgelegten Jahresbericht 1987 über Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften der Bundesrepublik. Der höchste Anteil von 65,1 Prozent der Neudeckungen entfiel auf die Entwicklungsländer einschließlich der OPEC-Staaten. Bei den Industrieländern stiegen die Neudeckungen um 26,7 Prozent.

MEHR ARBEITSLOSEN IN DER BRD

Die Zahl der Arbeitslosen wird nach Einschätzung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, auch im kommenden Jahr weiter zunehmen. Ausschlaggebend dafür sei, daß die Zahl der Arbeitsuchenden stärker wachse als die Zahl der Arbeitsplätze, was vielleicht mit der Rationalisierung zu tun hätte, und nicht nur, daß die Zahl der Arbeitsuchenden stärker wachse als die Zahl der Arbeitsplätze, wie der Franke es so gern erzählt. Zusammen mit dem geburtstarken Jahrgängen sieht Franke die verstärkte Erwerbstätigkeit von Frauen, die zunehmende Zahl der Ausländer und die Aussiedelei der RGW'lis als Ursache der Arbeitslosigkeit.

Defizit der BA läßt Rücklage schrumpfen

Eigener Bericht) – Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg hat 1987 insgesamt 34,5 (i.V. 31,4) Milliarden DM eingenommen, die Ausgaben stiegen auf 35,9 (34,1) Milliarden DM. Wie aus dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht hervorgeht, mußte das Defizit von 1,38 Milliarden DM aus der Rücklage entnommen werden, die sich auf 4,078 (5,466) Milliarden DM verringerte. Die Arbeitsämter zahlten für Arbeitslosengeld, -hilfe und Konkursausfallgeld 24,9 (23,5) Milliarden DM. Bei den Arbeitsämtern gingen 3,47 (3,44) Millionen Anträge auf finanzielle Leistungen ein. Der monatliche Durchschnittsaufwand für einen Arbeitslosengeldempfänger betrug 1023,07 (980,2) DM zuzüglich 309,39 (291,02) DM für Beiträge zur Krankenversicherung und 191,84 (189,37) DM für Beiträge zur Rentenversicherung. Für Kinder- und Erziehungsgeld wurden 11,3 (11,1) Milliarden DM ausgezahlt. Die Zahl der Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung hat sich auf 62 484 (61 797) erhöht.



Nettolöhne in der Industrie schrumpfen

Steuern und Sozialabgaben zehren einen immer größeren Teil des Lohns von Industriearbeitern in der Europäischen Gemeinschaft auf. Wie das EG-Amt für Statistik gestern in Brüssel mitteilte, ist der Anteil der Abgaben am Bruttoeinkommen seit Anfang der 80er Jahre in allen EG-Staaten gestiegen.

Die höchsten Steigerungsraten verzeichneten Irland mit 9,6 Punkten, Italien (5,3), Dänemark, Griechenland (je 4,3), die Niederlande (3,7) und die Bundesrepublik (3,3).

Danach bekommt ein alleinstehender Industriearbeiter mit mittlerem Einkommen in Dänemark den geringsten Anteil seines Bruttolohns (54 Prozent) ausgezahlt. Danach folgen die Niederlande (58,6); die Bundesrepublik (58,7), Irland, Belgien (je 61,7) und Großbritannien (69,2). Dagegen sind in Portugal und Spanien die Abzüge am niedrigsten (82,1 und 80,7 Prozent).

DIE REICHSTEN DEUTSCHEN

Mehr als zwei Mrd. Dollar besitzen in der BRD: die Erben von Friedrich karl FLICK, Erivan Haub (TENGELMANN) Reinhard Mohn (BERTELSMANN), Brenningmeyer (KLAMOTTEN&ANTON), HENKEL, OETKER, QUANDT.
Mehr als eine Mrd. Dollar besitzen: Schickedanz (TCHIBO), Albrecht (ALDI), Fürscht Thurn & Taxis.

NACH USA FÜHRT JAPAN KONZERNLISTE

Japan hat seine beherrschende Position in der von der amerikanischen Wirtschaftzeitschrift "Fortune" zusammengestellten List der 500 größten Unternehmen außerhalb der USA 1987 weiter ausgebaut. Auf der Liste sind 157 japanische Firmen aufgeführt, das sind 7 mehr als in der vorangegangenen Liste. An zweiter Stelle liegt Großbritannien mit 73 Firmen, gefolgt von der BRD mit 54, Frankreich mit 41, Kanada mit 31, Schweden mit 20, der Schweiz mit 13, Australien mit 12, Südkorea mit 11 und Finnland mit ebenfalls 11 Konzerne. Den ersten Platz hält wie schon seit 11 Jahren die Mineralölgesellschaft ROYAL-DUTCH SHELL, gefolgt von British Petroleum (BP).
In einer gesondert veröffentlichten Liste der 500 größten Banken außerhalb der USA nehmen japanische Kreditinstitute 8 der 10 Spitzenplätze ein; die beiden übrigen belegen französische Banken.





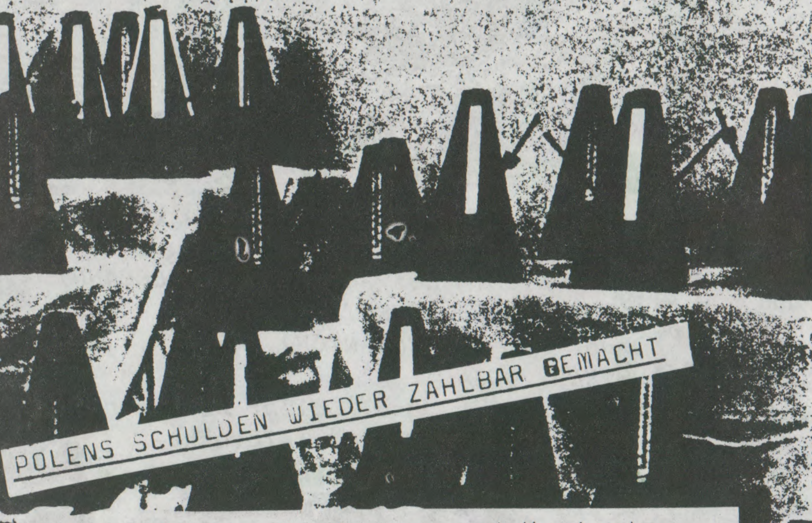
ÖLEINFUHREN AUS IRAN VERACHTFACHT

Die BRD hat trotz des andauernden Golfkrieges ihre Rohölimporte aus Iran in den ersten 4 Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum verachtfacht.
Von Januar bis April sind 797.000 Tonnen iranisches Rohöl eingeführt worden, nachdem es ein Jahr zuvor nur 98.000 Tonnen gewesen seien. Damit schob sich Iran vom 16. auf den 8. Platz in der Rangliste der BRD Öllieferanten vor. Spitzenreiter blieb Großbritannien vor Libyen und Norwegen.
Obwohl von Januar bis April mit 22,3 Tonnen Rohöl 7,8% mehr importiert wurden als ein Jahr zuvor, fiel die Rechnung mit 4,7 Milliarden DM um 430 Millionen niedriger aus. Grund dafür ist ein um 15% weiter zurückgegangener Ölpreis. Im Durchschnitt der ersten 4 Monate kostete eine Tonne Rohöl bei der Einfuhr 21o,24 DM.

RGW

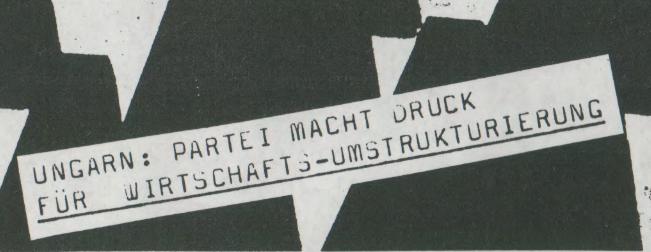
UNGARN: WIRTSCHAFTLIBERALISIERUNG PRODUZIERT ARMUT?

Die ungarische Press hat am 5. Juli erstmals Statistiken veröffentlicht, wonach fast 1/4 der Bevölkerung in Not oder großer Bedürftigkeit lebt. Der Gewerkschaftszeitung "Nepszava" und dem Parteiorgan "Nepszabadsag" zufolge verfügten 1987 6% der Bevölkerung nicht über das "soziale Mindesteinkommen" und weitere 18% nicht über das "soziale Mindesteinkommen.
Als "soziales Mindeseinkommen" wurde ein Einkommen definiert, das über die Sicherung elementarer Lebensgrundlagen hinaus "sehr beschränkte Ausgaben" für Dienstleistungen und Waren ermöglicht, die als "Bedürfnisse der Massen" gelten. Mit dem Minimaleinkommen lassen sich nur die bloßen Lebensgrundlagen finanzieren. 1987 lebten den Angaben zufolge 660.000 Ungarn unterhalb der Armuts- und weitere 1,9 Millionen unterhalb der Bedürftigkeitsgrenze.



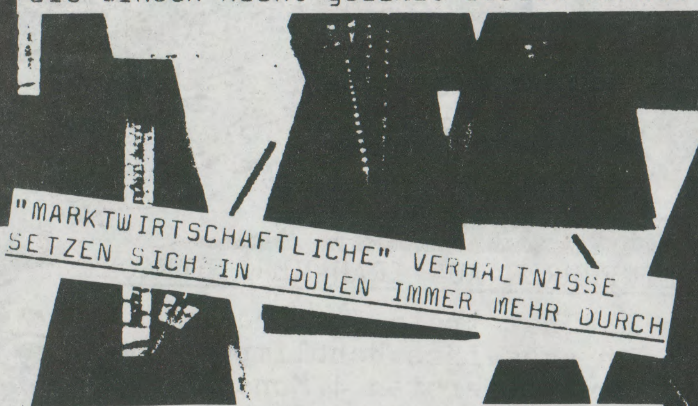
POLENS SCHULDEN WIEDER ZAHLBAR GEMACHT

Die polische Regierung und Vertreter von 600 (!) westlichen Geschäftsbanken haben sich auf eine Umschuldung von 9 Mrd. der insgesamt 39 Mrd. Dollar betragenden Auslandsverbindlichkeiten des Landes geeinigt. Der Zinssatz wurde dabei um 0,9% gesenkt, was den Schuldendienst jährlich um 70 bis 80 Mio. Dollar verringert. Die Tilgungszahlungen laufen jetzt über einen Zeitraum von 15 Jahren.
Polen hat schon seit Beginn der 80er Jahre keinen neuen Kredite aufgenommen. Trotzdem wuchs die Verschuldung, weil die Zinsen nicht gezahlt werden konnten



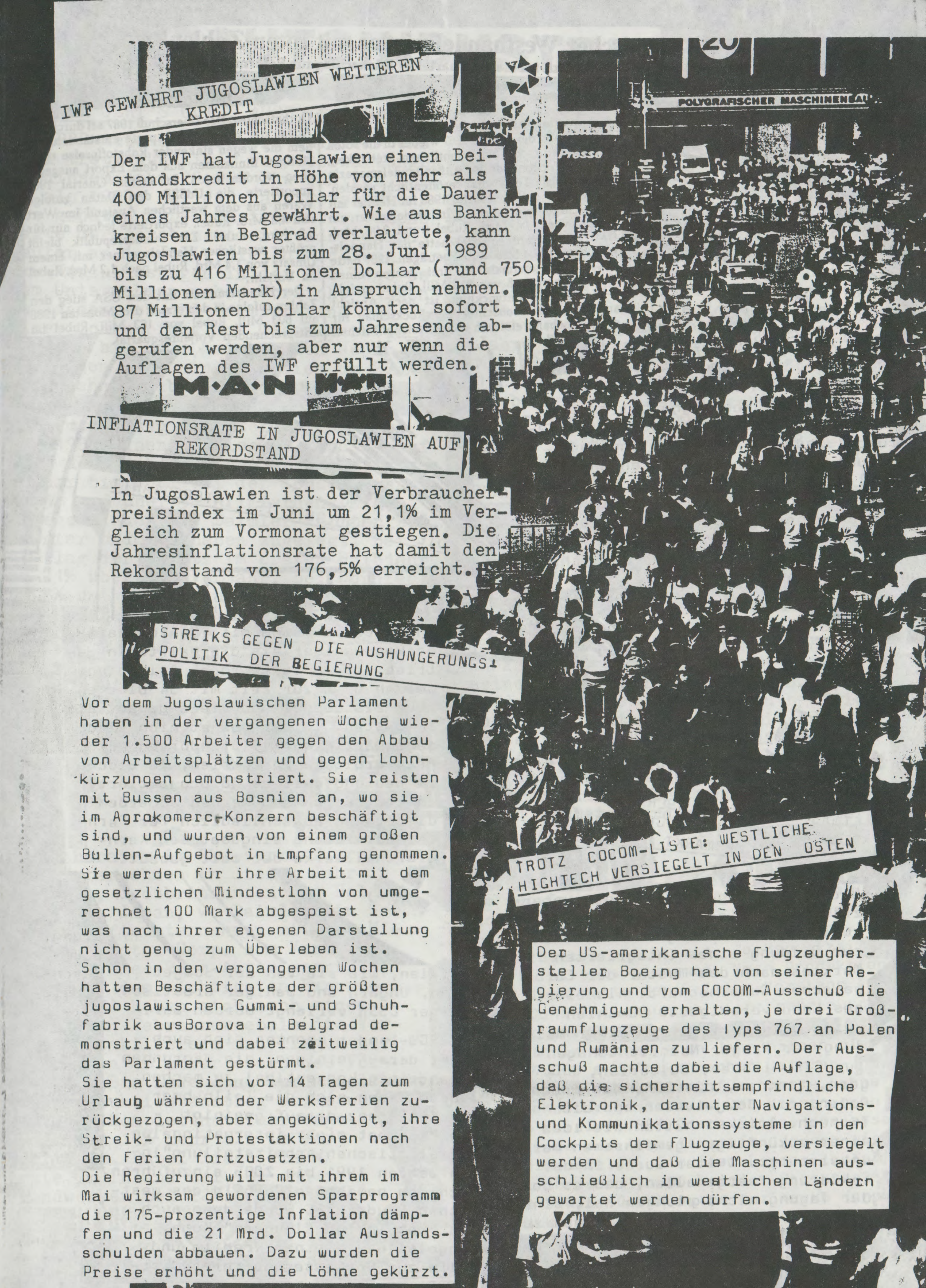
UNGARN: PARTEI MACHT DRUCK FÜR WIRTSCHAFTS-UMSTRUKTURIERUNG

In einer erstmals öffentlich übertragenen Sitzung beschäftigte sich das Zentralkomitee der ungarischen KP in der vergangenen Woche mit verschiedenen Reformmodellen für die ungarische Wirtschaft.
Der ZK-Sekretär, Nemeth, legte dem Plenum zwei Vorschläge für eine Wirtschaftsreform vor, von denen einer eine radikale Marktorientierung, der zweite eine etwas gebremstere Umgestaltung vorsieht. Obwohl die Durchführung beider nicht ohne Arbeitslosigkeit abgehen würde, könnte der radikalere Plan zu einer Erhöhung der sozialen Spannungen führen. Führende ungarische Politiker haben jedoch davor gewarnt, daß die Durchführung des moderateren Plans dazu führen könnte, daß Ungarn wirtschaftlich erheblich hinter konkurrierende Länder zurückfällt. Partei- und Regierungschef hatte schon am Vorabend im Fernsehen das Terrain für die Entscheidungen bereitet und angekündigt, daß jetzt 10 bis 15 Jahre "Gürtel enger schnallen" angesagt ist.



"MARKTWIRTSCHAFTLICHE" VERHALTNISSE SETZEN SICH IN POLEN IMMER MEHR DURCH

Seit Anfang des Monats gibt es in Polen unrationiertes Benzin gegen einen Aufpreis frei zu kaufen. Die Schwarzmarkt-Handelsspanne schöpft somit jetzt der Staat bzw. die westlichen Gläubiger ab.
Tatsächlich bildeten sich gleich in den ersten Ausgabe-Tagen riesige Schlangen vor den Tankstellen mit "Aufpreis"-Benzin. Das "freie" Benzin deckt bei weitem die Nachfrage nicht. Ein Verantwortlicher kündigte jetzt an, wenn die Nachfrage weiterhin das Angebot übersteige, würden die Preise erhöht werden.



IWF GEWÄHRT JUGOSLAWIEN WEITEREN KREDIT

Der IWF hat Jugoslawien einen Beistandskredit in Höhe von mehr als 400 Millionen Dollar für die Dauer eines Jahres gewährt. Wie aus Bankenkreisen in Belgrad verlautete, kann Jugoslawien bis zum 28. Juni 1989 bis zu 416 Millionen Dollar (rund 750 Millionen Mark) in Anspruch nehmen. 87 Millionen Dollar könnten sofort und den Rest bis zum Jahresende abgerufen werden, aber nur wenn die Auflagen des IWF erfüllt werden.

INFLATIONSRATE IN JUGOSLAWIEN AUF REKORDSTAND

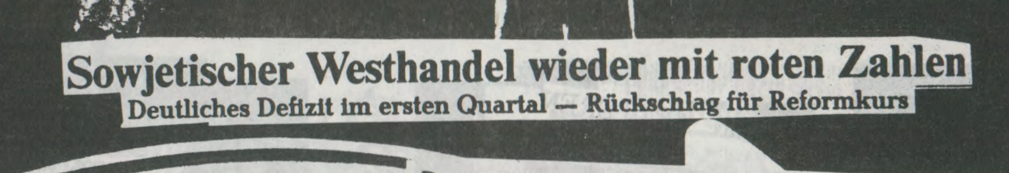
In Jugoslawien ist der Verbraucherpreisindex im Juni um 21,1% im Vergleich zum Vormonat gestiegen. Die Jahresinflationsrate hat damit den Rekordstand von 176,5% erreicht.

STREIKS GEGEN DIE AUSHUNGERUNGSPOLITIK DER REGIERUNG

Vor dem Jugoslawischen Parlament haben in der vergangenen Woche wieder 1.500 Arbeiter gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und gegen Lohnkürzungen demonstriert. Sie reisten mit Bussen aus Bosnien an, wo sie im Agrokomerc-Konzern beschäftigt sind, und wurden von einem großen Bullen-Aufgebot in Empfang genommen. Sie werden für ihre Arbeit mit dem gesetzlichen Mindestlohn von umgerechnet 100 Mark abgespeist ist, was nach ihrer eigenen Darstellung nicht genug zum Überleben ist.
Schon in den vergangenen Wochen hatten Beschäftigte der größten jugoslawischen Gummi- und Schuhfabrik ausBorova in Belgrad demonstriert und dabei zeitweilig das Parlament gestürmt.
Sie hatten sich vor 14 Tagen zum Urlaub während der Werksferien zurückgezogen, aber angekündigt, ihre Streik- und Protestaktionen nach den Ferien fortzusetzen.
Die Regierung will mit ihrem im Mai wirksam gewordenen Sparprogramm die 175-prozentige Inflation dämpfen und die 21 Mrd. Dollar Auslandsschulden abbauen. Dazu wurden die Preise erhöht und die Löhne gekürzt.

TROTZ COCOM-LISTE: WESTLICHE HIGHTECH VERSIEGELT IN DEN OSTEN

Der US-amerikanische Flugzeughersteller Boeing hat von seiner Regierung und vom COCOM-Ausschuß die Genehmigung erhalten, je drei Großraumflugzeuge des Typs 767 an Polen und Rumänien zu liefern. Der Ausschuß machte dabei die Auflage, daß die sicherheitsempfindliche Elektronik, darunter Navigations- und Kommunikationssysteme in den Cockpits der Flugzeuge, versiegelt werden und daß die Maschinen ausschließlich in westlichen Ländern gewartet werden dürfen.



Sowjetischer Westhandel wieder mit roten Zahlen

Deutliches Defizit im ersten Quartal — Rückschlag für Reformkurs

Der sowjetische Handel mit dem Westen ist nach der vielversprechenden Entwicklung des Jahres 1987 wieder in die roten Zahlen gerutscht. Nach amtlichen Statistiken, die am Wochenende im Außenhandelsmagazin „Wneschnjaja Torgowlja" veröffentlicht wurden, entstand im ersten Quartal 1988 im Handel mit den nichtkommunistischen Industrieländern ein Defizit von 1,04 Mrd. Rubel (rund 2,96 Mrd. DM). Im Vorjahresquartal hatte das Handelsminus nur 562,4 Mill. Rubel betragen. 1987 hatte die UdSSR erstmals in drei Jahren einen Handelsüberschuß von 312 Mill. Rubel erzielt.

Die jüngste Entwicklung ist nach Ansicht ausländischer Beobachter ein Rückschlag für die Wirtschaftsreformen von Parteichef Michail Gorbatschow. Der Überschuß 1987 sei durch den Abbau der westlichen Importe entstanden, mit dem die wegen sinkender Rohstoffpreise rückläufigen Einnahmen aus dem Export ausgeglichen worden seien. Im ersten Quartal 1988 importierte die UdSSR den Daten zufolge Waren aus dem westlichen Ausland im Wert von 4,2 Mrd. Rubel, exportierte jedoch nur für 3,2 Mrd. Rubel. Die Bundesrepublik bleibt größter westlicher Handelspartner mit einem Umsatz von 1,4 Mrd. Rubel nach 1,2 Mrd. Rubel im Vorjahr.

Der Handelsumsatz mit den USA stieg den Zahlen zufolge in den ersten drei Monaten 1988 auf 603 Mill. Rubel von 163 Mill. Rubel im entsprechenden Vorjahresquartal.

ATOMSCHROTT IN DIE SU?

Die sowjetische Regierung hat bundesdeutschen Kernkraftbetreibern die Lieferung, Wiederaufarbeitung und Endlagerung von Kärnbrennstoffen angeboten. Dieses Angebot wurde dem hessischen Wirtschaftsminister Schmidt während seiner Moskaureise unterbreitet. Die ganze Pallette an Leistungen wird angeboten. Auch die Abnahme von schwach- und mittel-radioaktiven Abfällen.

DIE TECHNOLOGIE IST INTERESSANT!

In Osteuropa sind mit 70 Atomkraftwerken weniger als die Hälfte in Betrieb als in Westeuropa. Allerdings werden dort zur Zeit mit 54 Blöcken mehr als doppelt so viele gebaut als im Westen. In der Sowjetunion sind gegenwärtig auf 17 Standorten 48 Reaktorblöcke in Betrieb, 30 Blöcke im Bau und weitere 30 projektiert. In Zentralrußland werden außerdem die ersten ausschließlich für Fernwärmelieferung eingesetzten Kernkraftheizwerke der Welt gebaut.

ETWAS VERALTET, ABER WICHTIG: RGW-LÄNDER WOLLEN GEMEINSAMEN BINNENMARKT

Nach mehrtägigen Beratungen unterzeichneten die RGW-Länder vor zwei Wochen in Prag ein Abkommen zur Bildung eines integrierten Marktes nach dem Muster der Europäischen Gemeinschaft. Als einziges Land verweigerte Rumänien seine Unterschrift. In einer Meldung der Prager Nachrichtenagentur CTK hieß es, Bulgarien, Ungarn, Vietnam, die DDR, die Mongolei, Polen, die Sowjetunion und die Tschecheslowakei hätten die Idee eines zukünftigen gemeinsamen Marktes unterstützt. Weiter wurde in der Erklärung festgehalten, daß es bei der Tagung nicht gelungen sei, eine Einigung über radikale Reformen zu erzielen, wie sie von der Sowjetunion, Ungarn und weniger drastisch von der CSSR verlangt worden war.

Die RGW-Länder konnten sich auch nicht darauf einigen, die Währungen gegenseitig konvertibel zu machen. Jedoch haben sich die Teilnehmer der Konferenz darauf geeinigt, das "Konzept einer internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" in den Jahren 1991 bis 2005 einzuführen. Nach dem bewährten Vorbild des westlichen Bruders EG wurde denn auch den "Entwicklungsländern" Kuba, Mongolei und Vietnam Kredite und Hilfe zur Verbesserung ihrer Wirtschaften versprochen.

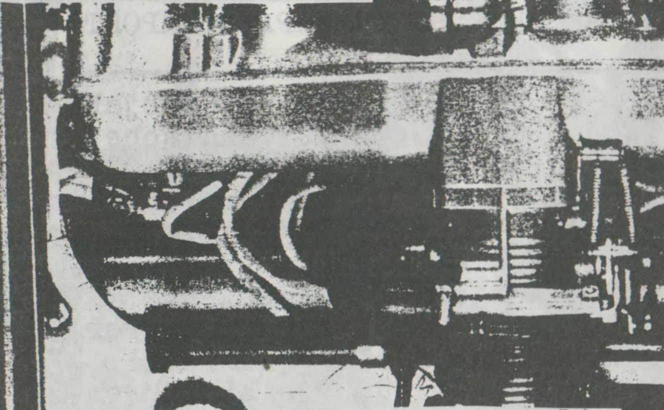
AUTOINDUSTRIE

DAIMLER GEHT'S GUT...AUCH IN SÜDAFRIKA

Der BRD-Automobilkonzern Daimler-Benz will trotz günstiger Umsatzerwartungen in diesem Jahr 25.000 Pkw weniger bauen als 1987. Auf der Hauptversammlung des größten BRD-Industrieunternehmens sagte der Vorstansvorsitzende Edzard Reuter am 1. Juli, die Entwicklung der Pkw-Neuzulassungen in der BRD lege es dem Unternehmen nahe, Vorsicht walten zu lassen, obwohl Daimler-Benz bei einer Schrumpfung des Gesamtmarktes um 1,9% bis Ende Mai bei den Neuzulassungen noch einen Anstieg um 2,3% verzeichnet habe.

Zum Umsatz sagte Reuter, er erwarte für 1988 einen Anstieg um rund 8% auf mehr als 73 Milliarden DM. Bereits von Januar bis Juni sei der Konzernumsatz um 5% auf über 34 Milliarden DM gestiegen. Auch die Daimler-Töchter AEG, Dornier und MTU haben zugelegt. Bei AEG lag der Umsatz im ersten Halbjahr um 11% über dem Vorjahr, bei Dornier um 8% und bei MTU um 3%.

Reuter bekräftigte, daß sein Unternehmen die bisherige Politik fortsetzen wolle. Das Investitions- und Innovationsprogramm für die nächsten 5 Jahre gab er mit weit mehr als 50 Milliarden DM an. Im Geschäftsjahr 1987 hatter der Umsatz 67,5 Milliarden DM betragen. Dieses Geschäftsvolumen wurde durch 326.000 Arbeiter erwirtschaftet. Den Jahresüberschuß bezifferte Reuter mit 1,4 Milliarden DM. Er habe damit praktisch genau auf der Höhe des Jahres 1986 gelegen.



Der Daimler-Chef unterstrich, daß der Automobilkonzern nicht an einen Rückzug aus Südafrika denkt und seine Beteiligung in Höhe von 50,1% an der Mercedes Benz of South Africa aufrechterhalten wird. Damit meinte Reuter sollte Daimler "Einflußnahme zur friedlichen Veränderungen" beitragen. Über den neuesten Streik in jener Fabrik, wobei mehrere Arbeiter/Innen verletz wurden, verlor Reuter kein Wort.

Zuwachsraten im Pkw-Verkauf erzielte das Unternehmen in diesem Jahr in Italien, Großbritannien und Belgien sowie in Japan, wo Daimler ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Mitubishi Motor Corp. zum Vertrieb von Mercedes-Benz-Autos gegründet hat. Auf dem wichtigsten Exportmarkt USA haben sich nach einem schwachen Februarergebnis die Verkäufe stabilisiert und liegen nur noch etwa 4% unter denen des Vorjahres. Bis Ende Juni wurde weltweit ein Produktionsanstieg auf etwa 132.000 Komplettnutzfahrzeuge . Das sind 15% mehr als im Vor zeitraum. Dabei liege die W rate im Inland bei 10% und i landwerken bei 22%.

Im südafrikanischen Daimler-Werk East London war es in den vergangenen Wochen immer wieder zu Konflikten unter schwarzen Arbeiter und Daimler-Werkspolizei und zu Streiks gekommen. Nach Produktionsausfällen hatte der Daimler-Vorstand Anfang Juni Entlassungen nicht mehr ausgeschlossen.

Bereits im vergangenen Jahr hatten die rund 4.000 südafrikanischen Daimler-Arbeiter 9 Wochen lang für höhere Löhne und Gehälter gestreikt. Das Unternehmen hatte damals 2.800 Beschäftigte entlassen, nach Ende des Arbeitskampfes jedoch wieder eingestellt. Ein East London laufen jährlich rund 12.000 Daimler-Personenwagen sowie 10.000 Autos der Marke Honda und etwa 4.500 Lastwagen von den Bändern.

BOSCH BAUT PRODUKTION IN USA AUS oder: WIE VERFILZT DAS KAPITAL IST

Die Robert Bosch Corporation in Broadview/Illinois und die Japan Electronic Control Systems Co. Ltd. (JECS) in Isesaki-shi/Japan haben eine gemeinsame Fertigungs- und Vertriebsgesellschaft mit Sitz in Wilmington im US-Staat Delaware gegründet. An dem neuen Unternehmen mit dem Namen Automotive Electronic Control Systems Inc. (AUTEC) ist Bosch mit 51% beteiligt. Die Gesellschaft wird in Anderson/South Carolina elektronische Steuergeräte und Heißfilm-Luftmassenmesser für Benzineinspritzsysteme sowie Steuergeräte für automatische Getriebe fertigen und damit japanische Fahrzeughersteller in den USA und gegebenenfalls später auch in Mexiko und Japan beliefern. Das Stammkapital des Gemeinschaftsunternehmens beträgt 8 Millionen Dollar (rund 14,5 Millionen DM). JECS ist selbst ein Gemeinschaftsunternehmen, an dem mehrheitlich Nissan und im übrigen Isuzu, Diesel Kiki und Bosch beteiligt sind. JECS fertigt seit 1973 Komponenten der Benzineinspritzausrüstung nach Bosch-Lisenz für den japanischen Markt.

Bosch als Beifahrer von Bremsenfirma in Japan

Von der *Allied Signal Inc., Morristown/USA*, hat die *Robert Bosch GmbH, Stuttgart*, deren Beteiligung in Höhe von 14,7% an der *Akebono Brake Industry Co. Ltd., Tokio*, erworben. Bosch ist damit nach den japanischen Automobilkonzernen Nissan und Toyota drittgrößter Aktionär von Akebono, die mit 2700 Mitarbeitern überwiegend Kfz-Bremsen produziert und damit einen Umsatz von umgerechnet 1 Mrd. DM erzielt. Wie der Stuttgarter Kfz-Zuliefer- und Elektronikkonzern weiter mitteilt, haben Bosch und Akebono Ende 1987 einen Entwicklungsvertrag zur Zusammenarbeit bei Antiblockiersystemen für Nutzfahrzeuge mit Druckluft-Hydraulik-Bremsen unterzeichnet. Gleichzeitig erhielt Akebono von Bosch eine Lizenz für Nutzfahrzeug-Antiblockiersysteme.

Japanische CD-Spieler jetzt „Made in Germany"

Der japanische Elektrokonzern *Matsushita Electric Industrial Co., Tokio*, wird in seiner gemeinsam mit der *Robert Bosch GmbH, Stuttgart*, betriebenen Tochter, *MB Video GmbH, Osterode/Harz*, in Kürze mit der Produktion von CD-Spielern beginnen. Dies gab das Unternehmen in Tokio bekannt. In der Anfangsphase bis März 1989 sollen rund 70 000 CD-Geräte hergestellt werden. MB Video produziert seit 1983 für die beiden Muttergesellschaften Videorekorder.

DAIMLER-BRD: AUFTRAGSRÜCKGÄNGEN UM 13%

Der Autokonzern Daimler-Benz hat einen Bericht des Gewerkschaftsorgan "metall" zurückgewiesen, wonach dem größten BRD-Industrieunternehmen aufgrund starker Auftragsrückgänge in absehbarer Zeit "kurzarbeit oder schlimmeres ins Haus" steht.
In dem Artikel heißt es unter Berufung auf interne Zahlenangaben, daß die Auftragseingänge im Automobilbereich von Januar bis Mai um fast 13% gesunken seien. Ende Mai habe der Auftragsbestand sogar 30% niedriger als im Vorjahresmonat gelegen. Aufgrund des Mißverhältnisses zwischen Aufträgen und Produktion sei Kurzarbeit absehbar.
Ein Daimler Sprecher sagte, Auftragseingänge und Produktionszahlen seien "nicht direkt vergleichbar". Er wollte keine Zahlen nennen, räumte allerdings ein, daß die Geschäfte rückläufig seien

BRD-AUTOS BEHERRSCHEN JAPANS IMPORTMARKT

Die Japaner haben im ersten Halbjahr 1988 insgesamt 58,474 ausländische Autos gekauft. Das bedeutet eine Zunahme um 31,5% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.
An erster Stelle stehen weiterhin mit großem Abstand BRD-Fabrikate, wenngleich die Zuwachsraten anderer ausländischer Hersteller zum Teil deutlich größer sind. Die Einführen aus der BRD erhöhten sich den Angaben zufolge um 21,6% auf 41,404. Es folgen die USA mit 5,028 Wagen (+159%), Großbritannien mit 4,270 (+49,1%), Schweden mit 2,892 (+37,5%), Frankreich mit 2,793 (+81,6%) und Italien mit 1,947 (+4,5%).

Über 300 000 neue Autos im Juni zugelassen

Im Juni dieses Jahres sind insgesamt 300 920 Kraftfahrzeuge neu zum Verkehr zugelassen worden. Wie das *Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg* mitteilte, waren das rund 10 000 Autos mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Darunter befanden sich 265 527 Personenwagen, von denen 36 450 einen Dieselmotor hatten. Gegenüber Juni 1987 ist das eine Steigerung um zwei Prozent. Im ersten Halbjahr 1988 wurden nach der Flensburger Statistik insgesamt 1 652 052 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Das waren nach Angaben des Amtes 0,9 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Ruhepause ist vorbei

Rebmann sagte in Karlsruhe vor Jour nalistendie RAF plane derzeit neue Anschläge,die Ruhepause sei vorbei. Seine Fahnder hätten erst Ende Mai bei der Räumung eines besetzten Hauses in Köln bei "Angehörigen des RAF-Umfeldes undder autonomen Szene" umfangreiches Sch riftmaterial sichergestellt,woraus er die neue Offensive schloß.
Rebmann wertete die Aktivitäten seiner Spitzel als erfolgreich und berichtete von Einbrüchen in der linken Szene auf breiter Front.So sei die Zahl der pol. motivierten Sprengstoffanschläge auf 87 im ersten Halbjahr dieses Jahres zurückgegangen.Im selben Zeitraum des vergangenen Jahres seien es 197 gewesen und im gesamten Jahr rund 340.1986 wären noch 452 politisch motivierte Brand- und Sprengstoffanschläge registriert worden.

SCNOOR RECHNET MIT AKTIONEN WÄHREND DER WELTWÄHRUNGSKONFERENZ

.....IWF und Weltbank werden von der "linksextremen Gewaltszene"für die Unterdrückung der Dritten Welt verantwortlich gemacht.....



HÖHERE SELBSTMORDRATE IN HESSISCHEN GEFÄNGNISSEN

In hessischen Gefängnissen haben im ersten Halbjahr 88 mehr Häftlinge Selbstmord begangen als sonst während eines ganzen Jahres.Während sich von 1983 bis 1987 pro Jahr zwischen 5 und 11 Personen das Leben nahmen,waren es bis Ende 1988 bereits 12!Der Sprecher des Justizministeriums sagte,die Fälle würden bereits untersucht.Es gebe keine Hinweise dafür,daß sich in einer Tätergruppe Selbstmorde häuften oder bestimmte Gründe besonders oft Auslöser waren.
Die Zahl der Todesfälle insgesamt bewegte sich von 1983 bis 1987 zwischen 14 und 17.In diesem Jahr starben aufgrun der hohen Suizidrate bereits 13 Häftlinge.Acht der Getöteten waren U-Häftlinge.Geprüft werden müsse,ob nicht die "chronische Überlastung des Personals mit einer hohen Zahl von Überstunden eine Verstärkung der Gegenmaßnahmen verhindert".Anzeichen,daß Überlastung der Bediensteten Ursache für die hohe Selbstmordrate sein könnte,lägen allerdings nicht vor.

Rebmann gab als Ursache für die Pause der RAF Aktivitäten den starken Fahndungsdruck im In-und Ausland,die Erfolge der Bullen in Frankr.,Belgien,Italienund Spanien,die"von den Betroffenen registrierte Beobachtung des RAF-Umfeldes" sowie die Angst vor einer Kronzeugenregelung an.Gleichwohl sei die RAF sowohl personell als auch logistisch nach wie vor in der Lage,Anschläge zu verüben.
Rebmann hofft,daß die Kronzeugenregelung vor allem Verunsicherung bei den AktivistInnen hervorruft.Denn konkret gibt es auch nach dem 'Gesprächsangebot' des Bundesamtes für Verfassungsschmutz an AktivistInnen im vergangenen Jahr noch keine Anhaltspunkte dafür,daß ene/r der derzeit gesuchten bereit ist,sich mit den Unsicherheitsbehörden in Verbindung zu setzen.



ENTVÖLKERUNGSPOLITIK I :
Tag der"drei Milliarden Asiaten"

Auf ganz verschiedene Art und Weise haben asiatische Länder letzten Freitag den vom asiatischen Forum der Entwicklungs-und Bevölkerungspolitiker proklamierten"Tag der 3 Mrd.Asiaten" gewürdigt.Während einer Feier in der Pekinger Großen Halle des Volkes überreichten Behördenvertreter Cassettenrekorder an 18 chinesische"Helden der Familienplanung"und riefen bei dieser Gelegenheit zum Kampf gegen einen neuen Babyboom auf.Zahlreiche Redner wiesen darauf hin,daß ein zu schnelles Anwachsen der Bevölkerung die wirtschaftliche Enwicklung hemmen werde.

Ausländererlaß in NRW

NRW Innenminister H.Schnoor hat in einem Erlaß festgelegt,daß junge Ausländer mit"erheblichen Anpassungsschwierigkeiten" in ihrem Heimatland unter best. Bedingungen auch ohne ihre Eltern in die BRD zurück können.Die Bedingungen sind:nach Vollendung des I4.Lebensjahres ausgereist und den Antrag auf Wiedereinreise spätestens mit I9 gestellt haben. Wobei Vorraussetzung für die Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in jedem Fall die Zustimmung der Eltern ist.Auch die pers. Betreuung soll in der BRD gewährleistet sein,sowie der Lebensunterhalt überwiegend ohne Sozialhilfe aufgebracht werden, Schnoor bezeichnete die Neuregelung als "fortschrittlichste und humanste in allen Bundesländern".



ENTVÖLKERUNGSPOLITIK II
Bis 2o25 hat Afrika die höchste Kindersterblichkeit

Afrikanische Kinder werden zu Beginn des nächsten Jahrtausends von allen Kindern der Welt die geringsten Chancen haben, das Erwachsenenalter zu erreichen.Wie aus einem letzten Dienstag von der Abteilung für Bevölkerungsentwicklung der Vereinten Nationen veröffentlichten Bericht hervorgeht,werden die afrikanischen Länder im Jahre 2o25 mit nahezu der Hälfte an der Weltkindersterblichkeit beteiligt sein. Gegenwärtig führt dem Bericht zufolge Südasien die Liste der Kindersterblichkeitsrate an.Im Zeitraum zwischen 198o und 1985 seien jährlich 15 Mio.Kinder auf der Welt gestorben,98% davon in den Entwicklungsländern.In Ländern mit der höchsten Sterberate wie Afghanistan,Mali oder sierra Leone stehen die Chancen 4ox schlechter für ein Kind als in Nordeuropa

Babyhandel Brasilien'- Israel

Es gibt in Israel zZ rund 3000 Paare,die Bras.Kinder adoptiert haben.Die rechtl. Sicherheit dieser Adoptionen steht nun infrage,nachdem der Fall eines 2jährigen Kindes bekannt wurde,daß entführt und für umgerechnet 45000 DM an die Adoptiveltern verkauft wurde.Ein israelisches Gericht entschied nun ,daß das Kind den leiblichen Eltern zurückgegeben werden muß.Es wird angenommen,daß viele der Kinder auf diese Weise nach Israel kamen.

Zeichensprache in der Weltgeschichte

Die Stämme der Prärieindianer sprechen verschiedene Sprachen. Um sich untereinander zu verständigen, haben sie eine Zeichensprache entwickelt, die im Laufe der Zeit auch die Weißen verstehen.



Die richtige politische Linie: Ahme die Bewegung einer Schlange nach.



Bündnis-politik: Ahme das Abschneiden des Zeigefingers nach.

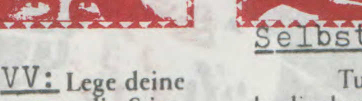




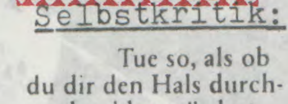
Die wieder Bündnis-politik: Streiche dir zweimal über die linke Hand.



2 Bier: Bilde mit Mittel- und Zeigefinger ein V.



VV: Lege deine Faust an die Stirn.

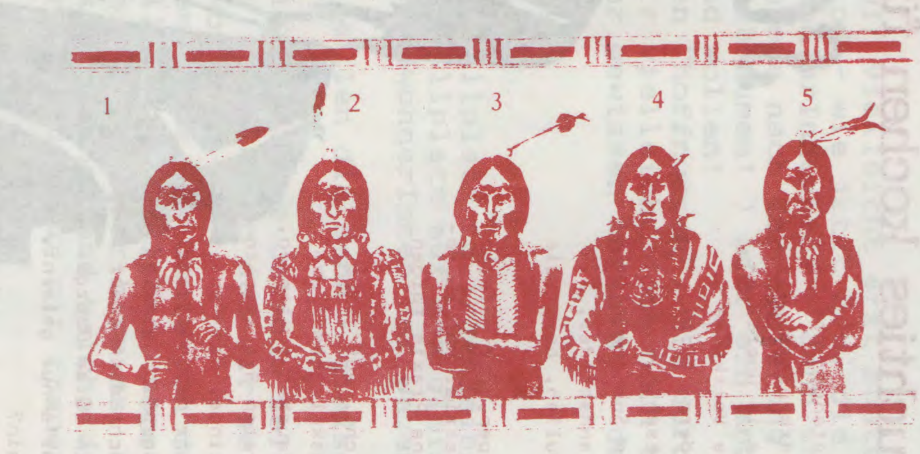


Selbstkritik: Tue so, als ob du dir den Hals durchschneiden würdest.

1: Imperialismus
2: Patriarchat
3: Kapitalismus
4: Noch 2 Bier

1: Praxis — 2: Theorie

3: Termin
4: Ich habe meinen Termin verpaßt
5: Nebenwiderspruch
6: Hauptwiderspruch
7: Wo bleiben die 2 Bier?
8: Objektive Realität

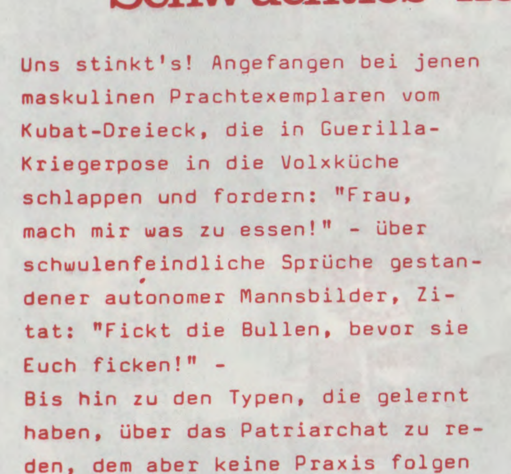


1: Tauschwert
2: Gebrauchswert
3: Akkumulationsprozeß
4: Low Intensity Warfare (LIW)
5: Umstrukturierung

Was Männern

Schwuchties kochen für revolutionäre Männer

so gut schmeckt



Uns stinkt's! Angefangen bei jenen maskulinen Prachtexemplaren vom Kubat-Dreieck, die in Guerilla-Kriegerpose in die Volxküche schlappen und fordern: "Frau, mach mir was zu essen!" - über schwulenfeindliche Sprüche gestandener autonomer Mannsbilder, Zitat: "Fickt die Bullen, bevor sie Euch ficken!" -
Bis hin zu den Typen, die gelernt haben, über das Patriarchat zu reden, dem aber keine Praxis folgen lassen.
Denn es reicht nicht, auf jedem Flugblatt die Floskel 'Kampf dem Patriarchat' auftauchen zu lassen, wenn Ihr in konkreten Situationen dann noch nicht einmal das Maul aufkriegt. Wenn Ihr den antipatriarchalen Kampf angeblich so klar habt, warum HERRscht dann immer noch der Macker in Eurem Obergeschoß? Wo habt Ihr's nur gelernt, so männlich zu sein?
Auch Ihr habt eine Tunte im Keller! Nur wurde sie verschüttet, unter anderem von Eurer kleinbürgerlichen Erziehung, von Eurer "pat. Zurichtung"! Und im Gegensatz zu anderen Verhaltensweisen ist Eure heterosexuelle Männerrolle für Euch offensichtlich keine gesellschaftliche Norm, die Ihr in Frage zu stellen bereit seid, denn Ihr profitiert ja davon.
Unter den Voraussetzungen, wie Ihr miteinander und mit uns Schwulen umgeht, können wir nicht mit Euch zusammen politisch arbeiten.
Wa, ey?

Stellt Eure Zwangsheterosexualität in Frage!
Die Entschuldigung, daß Ihr nun mal nicht mit Typen schlafen könnt, ist auch Nichts weiter als ein Ausdruck Eurer sexistischen Gedankenwelt!
Vielmehr geht es um tausende von Verhaltensänderungen. Patriarchalisches, zwangsheterosexuelles Denken und Handeln läßt sich nicht nur am Sex festmachen, sondern z. B. auch daran, welche sonstigen Bedürfnisse Ihr mit Frauen befriedigt; und welche mit Männern.

Wie stellt Ihr Euch vor, aus Eurer "patriarchalen Zurichtung" herauszukommen? Wie stellt Ihr Euch "zärtlich-wilde Männerbeziehungen" vor? (Zitate aus dem Reader der IWF-Männergruppe Berlin)

"Ich kann ja Nichts dafür, ein Mann zu sein." So ein Quatsch! Ihr könnt solange was dafür, ein Mann zu sein, bis Ihr alle Möglichkeiten der Veränderung ausgeschöpft habt.



Damit sich was ändert, wollen wir uns treffen

Männerkiezküche,

★ Mo. 25.7., 19^00, Kohlfurtherstr. 46

für uns kommen verhandlungen nicht in frage, auch nicht, wenn die AL zu uns kommt und uns von sich welche anbietet.wir haben keine lust uns einlullen zu lassen mit den obligatorischen argumenten, daß unsere forderungen nicht realistisch sind, daß wir komromisse machen sollen!
heraus kommt dann ein angebot, wo wir vielleicht erst später merken, daß wir verarscht worden sind - wie jetzt z.b. die leute aus der luckauer 3 (besetzt - verhandlerInnenhaus - dann verträge (diese laufen aus) die hohe miete nach der sanierung nicht bezahlen können/wollen - besetzen -abräumen!) oder ein angebot, das wir nicht akzeptieren können und wollen!
und dann wird geräumt und die ganzen "hoffnungen", die durch die verhandlungen entstehen, daß wir vielleicht doch noch bleiben können zerstört. AL und co haben ihr gewissen beruhigt - denn wir fordren ja "unmögliches"!

für uns ist es anders rum -
sie fordern von uns unmögliches!
wir brauchen weder nen neuen stellplatz in irgendeinem anderen stadtteil, noch einen großen stellplatz auf dem gleisdreieck, für alle wagenburgen, wie ihn die bewohnerInnen der wagenburg am potsdamer platz fordern !
na was denkt ihr jetzt - wat wollen die denn - gleisdreieck ist doch prima ?!
das einzige was daran prima ist, ist das gelände selber - doch erstmal ist es weit weg, hier vom kiez in dem wir seit jahren leben und auch weiter leben wollen.
und vor allem: das einzige geminsame was leute von den wagenburgen verbindet ist, daß wir alle in wägen leben, sonst ist da alles vertreten von gemusteter tapete über hippies, aussteigerinnen, arbeiterinnen,punks, kifferinnen und welche die sich politisch organisieren und frauen, die nur mit frauen zusammen leben wollen.

zoff und gefetze sind da schon vorprogrammiert !

wir fordern das, was wir brauchen !
alle wgenburgen sollen, da bleiben, wo sie sind und selbstbestimmen mit wie vielen und mit welchen sie zusammenstehen wollen.

das ist das EINZIGE, was akzeptabel ist, wenn wir uns nicht selber beschneiden wollen !

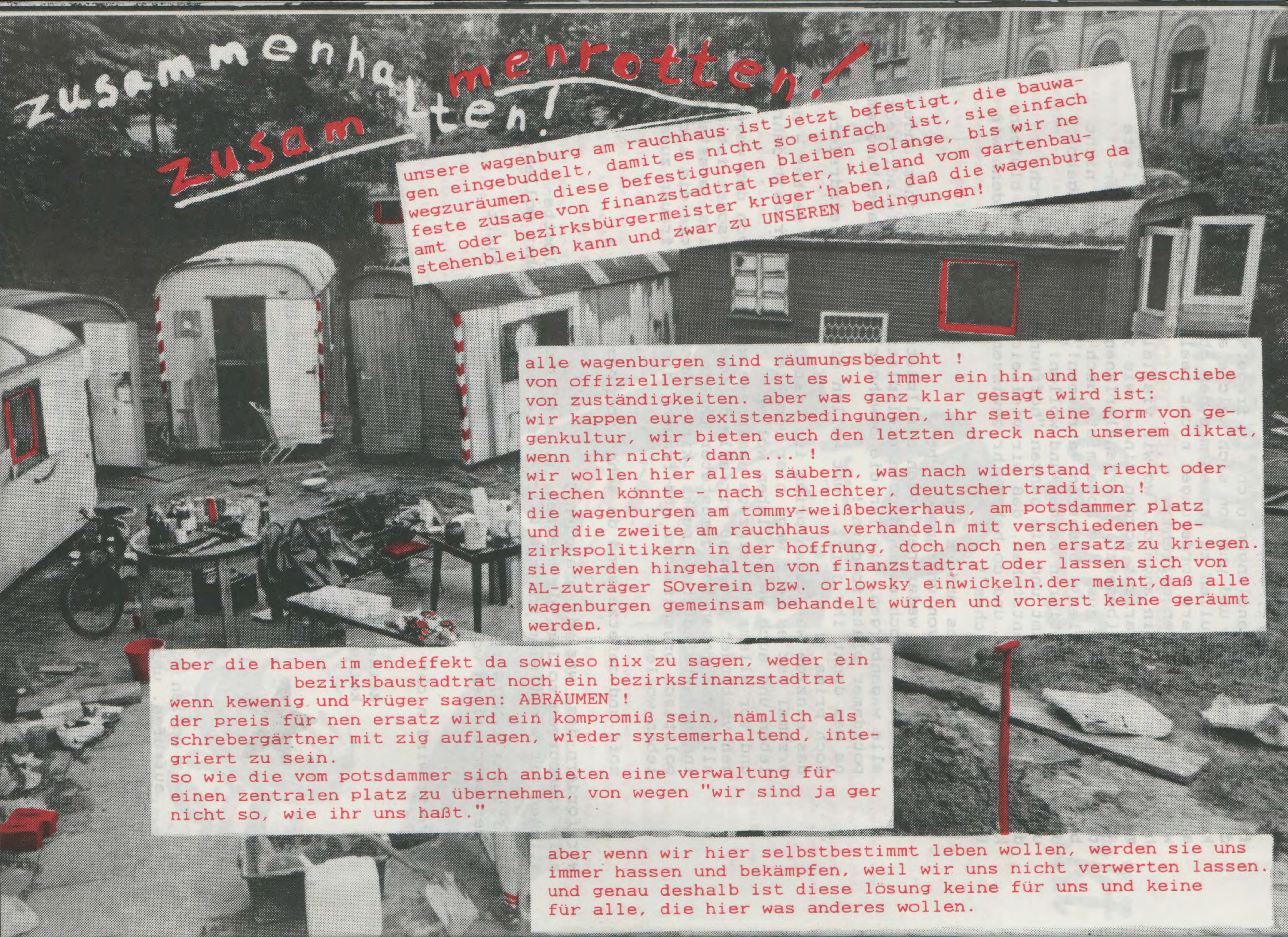
freiheit wird nicht erbettelt, sondern erkämpft !

keine verhandlungen !
keine kompromisse !



FORDERN WIR DAS UNMÖGLICHE

wir wollen hier jetzt noch zum festumzug am so., d. 24.7. aufrufen. uns ist eigentlich nicht zum feiern zumute, mit unserer wut im bauch + dem räumungsdruck im magen. klar ist aber daß wir was wir sind auf der straße präsent sein wollen bzw. dort ausdrücken wollen. gerade mit unserer isolierten position innerhalb der wagenburgen! uns ist es nicht egal, was mit den anderen wagenburgen passiert bzw. was da an auseinandersetzungen laufen + was nicht ist kann ja noch...

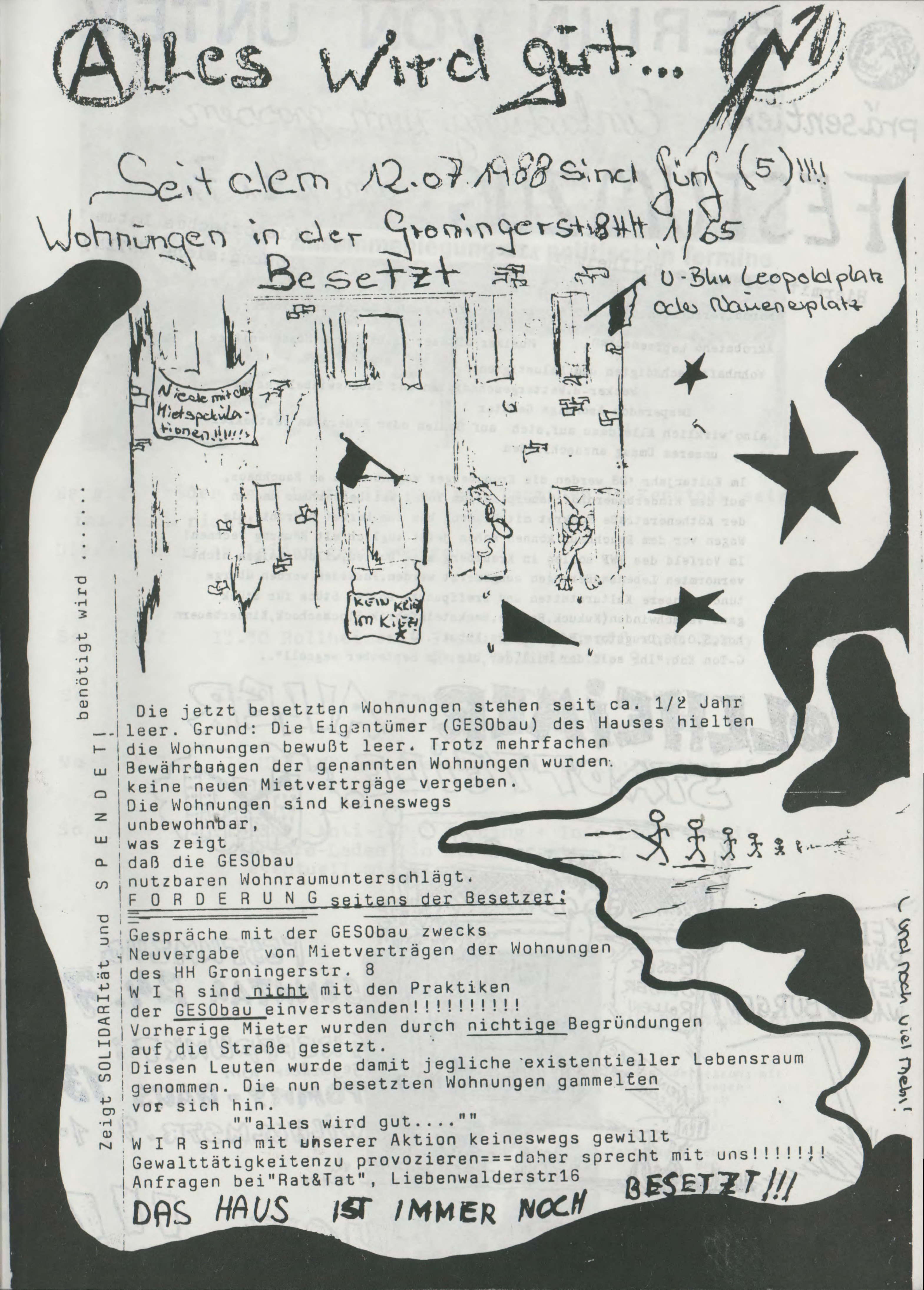


unsere wagenburg am rauchhaus ist jetzt befestigt, die bauwagen eingebuddelt, damit es nicht so einfach ist, sie einfach wegzuräumen. diese befestigungen bleiben solange, bis wir ne feste zusage von finanzstadtrat peter, kieland vom gartenbauamt oder bezirksbürgermeister krüger haben, daß die wagenburg da stehenbleiben kann und zwar zu UNSEREN bedingungen!

alle wagenburgen sind räumungsbedroht !
von offiziellerseite ist es wie immer ein hin und her geschiebe von zuständigkeiten. aber was ganz klar gesagt wird ist:
wir kappen eure existenzbedingungen, ihr seit eine form von gegenkultur, wir bieten euch den letzten dreck nach unserem diktat, wenn ihr nicht, dann ... !
wir wollen hier alles säubern, was nach widerstand riecht oder riechen könnte - nach schlechter, deutscher tradition !
die wagenburgen am tommy-weißbeckerhaus, am potsdammer platz und die zweite am rauchhaus verhandeln mit verschiedenen bezirkspolitikern in der hoffnung, doch noch nen ersatz zu kriegen. sie werden hingehalten von finanzstadtrat oder lassen sich von AL-zuträger SOverein bzw. orlowsky einwickeln.der meint,daß alle wagenburgen gemeinsam behandelt würden und vorerst keine geräumt werden.

aber die haben im endeffekt da sowieso nix zu sagen, weder ein bezirksbaustadtrat noch ein bezirksfinanzstadtrat wenn kewenig und krüger sagen: ABRÄUMEN !
der preis für nen ersatz wird ein kompromiß sein, nämlich als schrebergärtner mit zig auflagen, wieder systemerhaltend, integriert zu sein.
so wie die vom potsdammer sich anbieten eine verwaltung für einen zentralen platz zu übernehmen, von wegen "wir sind ja ger nicht so, wie ihr uns haßt."

aber wenn wir hier selbstbestimmt leben wollen, werden sie uns immer hassen und bekämpfen, weil wir uns nicht verwerten lassen. und genau deshalb ist diese lösung keine für uns und keine für alle, die hier was anderes wollen.



Alles wird gut...

Seit dem 12.07.1988 sind fünf (5)!!!! Wohnungen in der Groningerstr. 8 HH, 1/65 Besetzt

U-Bhn Leopoldplatz oder Nauenerplatz

Die jetzt besetzten Wohnungen stehen seit ca. 1/2 Jahr leer. Grund: Die Eigentümer (GESObau) des Hauses hielten die Wohnungen bewußt leer. Trotz mehrfachen Bewährbungen der genannten Wohnungen wurden keine neuen Mietvertrgäge vergeben.
Die Wohnungen sind keineswegs unbewohnbar, was zeigt daß die GESObau nutzbaren Wohnraumunterschlägt.

F O R D E R U N G seitens der Besetzer:

Gespräche mit der GESObau zwecks Neuvergabe von Mietverträgen der Wohnungen des HH Groningerstr. 8
W I R sind nicht mit den Praktiken der GESObau einverstanden!!!!!!!!!
Vorherige Mieter wurden durch nichtige Begründungen auf die Straße gesetzt.
Diesen Leuten wurde damit jegliche existentieller Lebensraum genommen. Die nun besetzten Wohnungen gammelten vor sich hin.
""alles wird gut....""
W I R sind mit unserer Aktion keineswegs gewillt Gewalttätigkeitenzu provozieren===daher sprecht mit uns!!!!!!!
Anfragen bei"Rat&Tat", Liebenwalderstr16

DAS HAUS IST IMMER NOCH BESETZT!!!

Zeigt SOLIDARItät und S P E N D E T ! benötigt wird ......

(und noch viel Mehr!

BERLIN VON UNTEN

präsentiert: Einladung zum grossen

FESTUMZUG am 24. 7.

(historisches Datum
Lösung: siehe UNTEN)

Hiermit rufen die Rollheimer Alle

Normalverrückten, Clowns& Tragikkomiker, Seiltänzer &Skateboardfahrer,

Akrobaten& Kopfmenschen   Musiker &Tänzer Künstler & Hundebesitzer

Wohnhaftgeschädigten und Belustigten

Wecker-u. Wettergeschädigten und Tubenzwiebelfresser

Desperados &sonnige Gemüter

also wirklich Alle dazu auf, sich auf Sohlen oder Rädern in Festbekleidung unserem Umzug anzuschließen

Im Kulturjahr '88 werden die Kreuzberger Wagenburgen am Rauchhaus, auf dem Kinderbauernhof Mauerplatz, am Tommi Weißbeckerhaus und an der Köthenerstraße konkret mit Räumung bis zum Herbst bedroht- die Wagen vor dem Rauchhaus können schon jetzt täglich mit Räumung rechnen! Im Vorfeld des IWF sollen in Kreuzberg alle bunten, wildwüchsigen nichtvernormten Lebensäußerungen ausgemerzt werden. Fassaden werden übergetüncht, unsere Kulturstätten und Treffpunkte sollen Stück für Stück ganz verschwinden (Kukuck, Reiche, Backsteinfabrik, Blockschock, Kinderbauernhof, S.O.36, Drugstore, Pfuelstraße, Kubat...)
C-Ton Kob: "Ihr seid der Müll, der bis zum September wegsoll"..





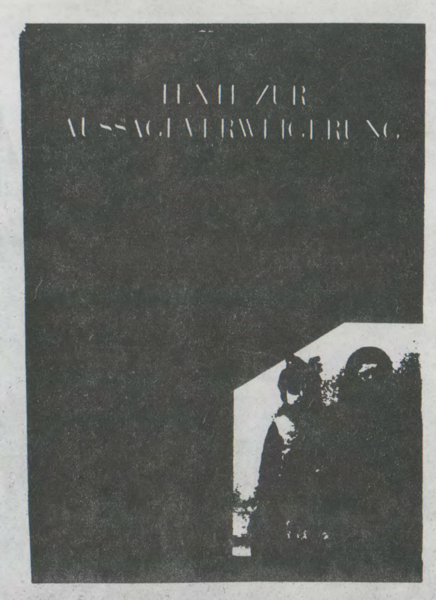
Es gibt leider kaum Leute, die uns von Terminen in Kenntnis setzen, immernoch nicht!
Diesmal sind es leider ganz wenige -

So 24.7 I3.30 Rollheimer - Festumzug , Treff vorm Tommy Weißbecker Haus, Wilhelmstr. 9

So I7.30 Frauen Kiez Cafe im Falkeladen mit Lesben aus Bilbao

Mo 25.7. I9 Uhr Männer Kiezküche in der Kohlfurther 46

So 24.7. I9 Uhr Anti-IWF : Wedding + Info-Laden arbeit im Info-Laden in der Sparrstr. 2I eventuell mit Kiez - Küche!



TEXTE ZUR AUSSAGEVERWEIGERUNG

Auseinandersetzung mit
mit: aussagen
verrat
knast
folter

Texte aus: Schweiz
BRD
Uruguay
El Salvador
Venezuela
Vietnam
Baskenland

